

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Bekanntmachung des Vorstandes.

Einladung zur 6. Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes am 3., 4., 5. und 6. Juni 1910 in Duisburg.

Tagesordnung:

1. Konstituierung der Generalversammlung; Prüfung der Mandate.
2. Geschäftsbericht, Rechnungsablage, Berichterstattung der Revisoren und Entlastung des Vorstandes.
3. Arbeitsnachweiseswesen. Referent: Reichs- und Landtagsabgeordneter Wiesherts, M.-Gladbach.
4. Die Bundesratsverordnung für die Großeisenindustrie und die Stellungnahme des Verbandes deutscher Eisen- und Stahlindustriellen. Referent: Bezirksleiter Schmitz-Blin.
5. Beratung der gestellten Anträge.
6. Ersatzwahl für den ausscheidenden Vorstand und Ausschuß.
7. Agitation und Jugendfrage. Referent Gewerkschaftssekretär Strunk-Essen.
8. Verschiedenes.

Die Generalversammlung findet statt im Burgader, Ritterstraße 9-11. Die Eröffnung des Verbandstages findet des nachmittags um 5 Uhr statt, woran sich im selben Lokal die Begrüßungsfeier anschließen wird.

Die Delegierten wollen sich wegen Logis oder sonstiger Anfragen die Generalversammlung betreffend an die Hauptgeschäftsstelle Duisburg, Seitenstraße 19, wenden.

Der Vorstand:
F. W. Wieber,
Verbandsvorsitzender.

Ständebewußtsein!

Ein inhaltreiches, schönes Wort, sofern es richtig erfaßt und angewandt wird. In ihm ist niedergelegt eine Erkenntnis: die des Bewußtseins der Bedeutung des eigenen Standes! Aber auch eine Pflicht birgt dieses Wort in sich für den einzelnen Ständegenossen; die Pflicht, alles zu tun, um die Ehre des Standes zu wahren und zu mehren!

Leider ist es um das Ständebewußtsein im großen Arbeiterstande noch nicht sonderlich gut bestellt. Gewiß! die von ihm Durchdrungenen zählen schon nach vielen Tausenden! Aber ebensoviele ist die Zahl derer, deren Ständebewußtsein entartet, in verkehrte, ungesunde Bahnen gelenkt worden ist. Und betrachten wir erst die Massen der gedankenlos und stumpfsinnig in den Tag hineinfliegenden! Welch eine Unsumme von Arbeit muß da noch geleistet werden, um das ehle Pfänzchen „Ständebewußtsein“ Gemeingut des großen werktätigen Standes werden zu lassen!

Beispiele regen an! Solche bieten sich uns ausgiebig bei Betrachtung anderer Stände. Was hat in der Vergangenheit den Handwerkerstand groß gemacht? Wahres Ständebewußtsein! Wenn verdanken die sonstigen Stände, die Bauern, Beamten ihre einflußreiche Stellung innerhalb des großen Ganzen? Dem Ständebewußtsein und den aus seiner Pflege entspringenden Konsequenzen! Kurz, wahres Ständebewußtsein ist die nie versiegende Quelle, aus der die Bedürfnisse des Standes ihre Nahrung erhalten. Wo es fehlt, dort lassen Unentschlossenheit, Verwirrtheit kein Streben zu einem klaren Ziel aufkommen.

Wie sehr die Pflege des Ständebewußtseins gerade innerhalb des arbeitenden Standes vonnöten ist, bedarf hier keines Hinweises. Für unser Ständebewußtsein liegen die Wurzeln zunächst in der rechten Wertung der Arbeit. Die Arbeit ist nichts Entehrendes. Im Gegenteil! Sie ist etwas Unentbehrliches, ein notwendiges Glied in der Kette produktiver Tätigkeit. Den Können Menschengestalt, der ein Gebiet nach dem andern erobert, in Ehren! Aber

wie sollten die Errungenschaften menschlichen Denkens der Gesamtheit dienlich gemacht werden, wenn nicht durch fleißige, intelligente Arbeit? Dieser gebührt daher ein gerechter Anteil an der Nation Wohlstand und Wohlergehen. —

Eine rechte Wertung der Arbeit muß uns von selbst zu einer Wertschätzung des Standes bringen, der diese Arbeit im Dienste der Allgemeinheit verrichtet. Wir sollen stolz darauf sein, Glieder des großen, so wichtigen arbeitenden Standes zu sein. Und wenn die Ständeverhältnisse nicht befriedigend sind, dann trifft hierfür nicht den Stand die Schuld, sondern in der Hauptsache seine einzelnen Glieder. Diese sollen vor allem den Gemeininn pflegen. Die Verbindung der allen gemeinsamen Interessen ist vorzüglich zur Wahrung gesunden Ständebewußtseins geeignet. Die Ständeangehörigen sollen ferner auf Hochhaltung der Ständesehre bedacht sein. Unwürdige Glieder werden nur zu leicht dem ganzen Stande zur Last gelegt. Endlich sollen die Ständeangehörigen durch treue Pflichterfüllung sich und ihrem Stande Ehre machen.

Wenn nun alle diese eng mit dem Ständebewußtsein verknüpften Momente in richtiger Weise beobachtet worden, dann wird für den Stand der Erfolg nicht ausbleiben. Dadurch wird eine bedeutsame moralische Kraft geboren, die sich durchsetzt bei den außerhalb des Standes liegenden Faktoren.

Gewiß! Wahres Ständebewußtsein läßt sich nicht von heute auf morgen erwecken. Vielmehr ist hier eine außerordentlich schwierige Erziehungsarbeit notwendig. Auch die übrigen Stände haben sich erst in teilweise jahrhundertelanger Erziehungs- und Entwicklungsarbeit auf das erstrebenswerte Niveau emporgerungen. Und wieviel hat hier der Arbeiterstand noch nachzuholen, um nur einigermaßen das von anderen Ständen in langer historischer Entwicklung zur Entfaltung gebrachte Ständebewußtsein zu erreichen? Besonders wenn man den Umstand berücksichtigt, daß der arbeitende Stand noch eine Neuersehnung ist, noch nicht ausgeglichen mit dem Ganzen! Die Zeit der Unselbständigkeit ist kaum überwunden, jene Zeit, wo die Interessen der Arbeiter von anderer Seite wahrgenommen wurden. Und wenn man dann berücksichtigt, daß ein gewisses Maß von Selbständigkeit und Selbstbewußtsein die Vorbedingung für wirkliches Ständebewußtsein ist, dann liegt die ganze Schwere der zu leistenden Arbeit greifbar vor uns. Doch sie soll uns nicht schrecken!

Noch ein anderer wirklicher Ständebewußtseins soll hier gedacht werden. Da macht sich vor allem hier und da ein gewisser Ständedünkel geltend, der seinen Träger dann stolz auf seine Mitkollegen herabsehen läßt — einem aufgeblasenen Frosch gleich. Ist die Quelle eines solchen Dünkels, der mit wahren Ständebewußtsein nichts zu tun hat, in einer materiellen Besserstellung zu suchen, so ist dies sowohl bedauerlich, wie auch unklug. Es zeigt nur, wie wenig Gemeinheitsgefühl der Betreffende besitzt, wenn er um Kleinlicher Vorteile willen andere Ständeglieder minder achtet. Unklug auch, weil eine dauernde Steigerung nur durch und mit allen Ständegliedern erfolgen kann. Unterschiede über hier eine merkbare Wechselwirkung aus.

Wir finden einen solchen Dünkel aber auch häufig dort, wo er so unangebracht wie nur möglich ist. Aus falscher Verstandenen Ständebewußtsein heraus glaubt man auf andere Ständemitglieder herabsehen zu können, nur weil diese vielleicht einer anderen Kategorie angehören. Nichts ohne zu berücksichtigen, daß der letzteren Verhältnisse mit den eigenen einen Vergleich sehr gut ausfallen können. Man weiß nicht, ob man sich über die von einer solchen Art Dünkel Befallenen lustig machen soll, oder ob sie nicht viel mehr zu bedauern sind.

Ueberhebung über eigene Ständegenossen ist ebenfalls vom Uebel! Schließlich kommt es nicht so sehr darauf an, ob die Arbeit mehr oder weniger

fein oder grob ist, sondern es ist hier vielmehr zu bedenken, daß sowohl der eine wie der andere Arbeiter unter den gleichen großen Gesichtspunkten zu betrachten ist. Hierher gehören das gemeinsame Angewiesensein auf der Hände Arbeit, Abhängigkeit, gemeinsame Bedürfnisse materieller und geistiger Natur und dergleichen mehr.

Und die, die sich gar schämen, Glieder des großen Arbeiterstandes zu sein, sie verdienen nur unser Mitleid. Wer kennt sie nicht, jene Kollegen, die sich ängstlich bemühen, bei Gelegenheit ihren eigenen Stand zu verleugnen. Die etwas Besseres sein wollen, ohne es schließlich zu können. Wer mit seinen Ständeverhältnissen nicht zufrieden ist, der schülte nicht das Kind mit dem Bade aus, sondern arbeite mutig Hand in Hand mit seinen übrigen Kollegen an der Besserung. Es kann dann nicht schlecht um einen Stand stehen, wenn alle seine Glieder sich seines Wertes und seiner Bedeutung bewußt sind. Das in der Gegenwart unerlässliche Ständebewußtsein findet seinen vollendeten Ausdruck in ziel sicherer und solidarischer Mitarbeit in der Berufsorganisation. Dort verkörpert sich Selbstbewußtsein mit Berufsenergie und Gemeininn.

Die Lage der Gesellen im Huf- und Wagen schmiedegewerbe.

Zu dieser Frage erhalten wir von einem Kollegen aus Süddeutschland folgende Zuschrift:

Eines der ältesten Gewerbe ist das Schmiedehandwerk. In den Zeiten der Kunst stand es in hoher Blüte. Aber diese Zeiten sind vorbei. Der modernen Entwicklung hat auch das Schmiedegewerbe sich anpassen müssen und damit haben sich auch die Verhältnisse der Gesellen gewaltig geändert. Während früher für den tüchtigen Gesellen die Möglichkeit vorlag, selbständig zu werden, ist dies heute selbst bei der größten Kunstfertigkeit nur selten mehr der Fall. Es fehlt ihm eben am nötigen Kapital. Unsere Kleinmeister haben noch gar wenig daran gedacht, daß wir in unserer jetzigen Zeit ganz andere Verhältnisse haben wie vor 50, ja vor 20 Jahren. „Die heutigen Schmiedegesellen sind zu sein. Als ich noch Geselle war, da habe ich ganz anders arbeiten müssen“, sagen vielfach unsere Meister, wenn man ihnen von einer Kürzung der Arbeitszeit spricht. Wie die Löhne im Schmiedegewerbe aussehen, davon macht sich ein Ueingeübter gar keinen Begriff. Bei der stets intensiven Tätigkeit der Gesellen sollte man annehmen, daß denselben auch entsprechende Löhne zu teil würden. Dem ist aber nicht so. Löhne im Kleinergewerbe von 2-3,50 Mark sind an der Tagesordnung. Gewiß gibt es auch Gesellen, die mehr verdienen, aber bedenkt man dann die lange Arbeitszeit, welche in vielen Fällen 13-15 Stunden beträgt, so kommt ein ganz spärlicher Stundenlohn heraus. Die Arbeitszeit ist nur in wenigen deutschen Städten eine recht geregelte. Eine solche unter 10 Stunden pro Tag findet man nur vereinzelt. Man kann ruhig behaupten, daß im Schmiedegewerbe eine 11-12 stündige Arbeitszeit vorherrschend ist. Kommen des morgens in aller Frühe der Ackerwirt oder der Fuhrmann, so weiß man wohl, wo die Gesellen wohnen, kommen nach Feierabend noch Pferde zum Beschlagen, so muß auch hier der Geselle wieder seinen Mann stellen. Für all die Ueberarbeit bekommt er meistens nichts. Arbeit ist des Handwerks Ehre, denkt der gute Meister und er hat wohl stets Gesellen gefunden, die solche Arbeit gerne taten. Auch Sonntagsarbeit ohne Extravergütung gibt es in Häufe und Hülle.

Unsere Schmiedemeister erinnern sich recht gerne der guten, alten Zeit. Deshalb hatten sie auch alte, längst überlebte Gebräuche hoch. Das Kost- und Logiswesen beim Meister, das fast aus allen Gewerben verschwunden, ist beim Schmiedegewerbe noch immer stehender Brauch. Gegen ein anständiges, menschenwürdiges Logiswesen beim Meister haben auch wir nichts. In den meisten Fällen ist

aber beim Sperling unterm Dache der Wohnort der Gefellen, vielfach durch über der Werkstatt. Durch die Kumpelkammer gelangt man in das Gesellenzimmer. Hier schlafen sehr oft 2 bis 3 Gefellen in einem Bett. Für Lüftung wird in der Regel wenig Sorge getragen. Für das Wohnen beim Meister müssen die Gefellen sich ganz anständige Preise vom Lohn abziehen lassen. Selbstverständlich wollen wir gerne anerkennen, daß viele Meister auch anständige Wohnungen für ihre Gefellen haben.

Die weiteren Mißstände in den Werkstätten ergeben sich aus dem schon angeführten von selber. Die Einrichtungen kennt man oftmals nicht. In einem Zimmer wohnen sich vielfach mehrere Gefellen. Kleiderkammer gibt es in den Gefellenwohnungen nicht, viel weniger in den Werkstätten. Ventilatoren zum Wegschaffen des Rauches, ja selbst Verbandszeug ist in den wenigsten Fällen zu finden.

Wie schon eingangs bemerkt, ist es nur einer verschwindend kleinen Anzahl der Schmiedegesellen möglich, selbstständig zu werden. Die meisten suchen Fabrikbetriebe auf, um dem Elend innerhalb der Kleingewerblichen Betriebe zu entgehen. Auch die Schmiedegesellen, die einst selbstständig werden wollten, haben noch eine harte Schule durchzumachen. Sie dürfen ihr Gewerbe als Meister nicht ausüben, ohne die staatlich vorgeschriebene Prüfung abgelegt zu haben. Zu diesem Zweck sind nun Lehrschmieden, staatliche und solche von Innungen errichtet. Hier werden die Prüflinge als tüchtige Hufschmiede, praktisch sowohl, wie auch theoretisch (letzteres durch Tierärzte) ausgebildet. Man sollte nun glauben, daß in diesen Schulen wenigstens die Arbeitszeit eine geregelte sei. Dem ist aber nicht so. Die Arbeitszeit beträgt in der Regel 10 1/2—11 Stunden, und dann kommen noch die theoretischen Velehrungen. Das ist entschieden zu viel. Man sollte doch den theoretischen Unterricht in die Arbeitszeit hineinverlegen, wenn auch dadurch die praktische Tätigkeit etwas gekürzt würde. Das wäre nicht so schlimm, da es meistens doch praktisch tüchtige Leute sind, welche die Prüfung ablegen wollen. Auch die Behandlung seitens des Meisters auf vielen Lehrschmieden ist nicht immer einwandfrei. Der Kaisernton ist hier an der Tagesordnung. Zu alledem müssen unsere Prüflinge schon ruhig sein und sich alle Liebenswürdigkeiten gefallen lassen. Auf einer Schule sollte man mehr auf die Ausbildung der Prüflinge sehen, als wie auf die große schnelle Leistung. Wenn 1/4 Jahr lang ohne jede Vergütung gearbeitet wird, zum Nutzen der Inhaber, ja wenn noch dazu Schulgeld bezahlt wird, dann kann man verlangen, daß die Lehrschmiede geregelte Arbeitszeit und menschenwürdige Einrichtungen schaffen.

Unseren Gefellen aber möchten wir zurufen: Organisiert Euch im christlichen Metallarbeiterverband, dann habt Ihr die Gewähr, daß die Löhne gehoben, die Arbeitszeit verkürzt, das Post- und Logiswesen geregelt, daß die Behandlung eine bessere wird. Deshalb auf zur Tat! S. W.

Konferenz des Agitationsbezirks Südbayern.

Am 26. Mai fand in München unsere diesjährige Bezirkskonferenz statt. Vertreten waren 14 Zahlstellen durch 15 Delegierte, nicht vertreten waren die Zahlstellen Passau und Hammerau. Seitens der Zentrale war unser Verbandsvorsitzender wieder erschienen. Die Tagesordnung war eine sehr reichhaltige. Der zunächst erstattete Bericht erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Mai 1909 bis 1. Mai 1910. Es sei folgendes daraus hervorgehoben:

Das Jahr 1909 hat den gewünschten Aufschwung auf wirtschaftlichem Gebiete leider nicht durchweg gebracht. In den großen Maschinenfabriken wurde meist mit verkürzter Arbeitszeit und reduzierter Auftragslage gearbeitet. Die Arbeitgeber haben es verstanden, den Schaden der Krise auf die Schultern der Arbeiter zu abwälzen. Konnten doch einzelne Werke 13—25 Prozent Dividende verteilen. In anerkannter Weise wurden von Seiten der Städtischen Behörden Aktionen zur Unterstützung arbeitsloser Kollegen in die Wege geleitet. In München wurde 1908—1909 71 192 Mark 56 Pf. zur Verteilung an die Arbeitslosen zur Verfügung gestellt.

Die Zahlen des statistischen Landesamts in München zeigen uns ganz deutlich, daß Anfang 1909 die Wirtschaftskrise in Bayern ihren Tiefstand erreicht hat. — Auf hundert offene Stellen kamen Arbeitsuchende: Januar 1909: männlich 278, weiblich 82; Februar 250, 79; März 181, 76; November 149, 118; Dezember 164, 105; Februar 1910 126, März 106. In letzter Zeit mehrten sich die Anzeichen, daß ein allmähliches Aufsteigen der Konjunktur eingeleitet hat.

Zu Berichtsjahre waren auch agitatorische Fortschritte zu verzeichnen. Drei Zahlstellen, Kempten, Sonthofen und Passau, wurden neu gegründet. Dausen wurde selbständig gemacht. In allen Zahlstellen trachten die Kollegen darnach, die Mitgliederzahl zu heben, und sich einen finanziellen Rückhalt zu schaffen. Zur Orientierung diene folgende Tabelle:

Mitgliederstand.		
	1908/09	1909/10
2. Quartal	456 Mitglieder	586 Mitglieder
3. "	418 "	595 "
4. "	468 "	621 "
1. "	542 "	689 "

Zu Gesamteinnahmen der Zahlstellen belaufen sich

1908/09 auf 11 121,60 Mark

1909/10 auf 15 912,48 Mark

Zu Gesamtausgaben

1908/09 auf 10 018,28 Mark

1909/10 auf 12 000,46 Mark

Der Barbestand der Zahlstellen betrug zur Zeit im Berichtsjahre 878,81 Mark.

Lohnbewegungen waren eine Anzahl zu verzeichnen. In München ließen die Tarifverträge der Schlosser, Spengler und Wagenbauer ab. Im Wagenbaugewerbe ist der Tarif von Seiten der Arbeiter gekündigt worden und die Forderungen durch das Gewerbegericht den Meistern überlassen. Nach mehrmaligen Verhandlungen wurde ein Tarif abgeschlossen, der vierjährige Gültigkeit hat und den Kollegen eine Lohnerhöhung von 7 Pfennig bringt. — Für das Schmiedegewerbe wurde ebenfalls ein Tarif abgeschlossen. Der sozialdemokratische Schmiedeverband wollte uns ausschalten von diesem Tarife, trotzdem circa 30 Schmiedegesellen in unserem Verbandsorganisiert waren. Wir reichten unsere Forderungen dem Gewerbegericht ein, wurden zu den Verhandlungen zugelassen, konnten den Tarif als gleichberechtigter Kontrahent unterzeichnen und somit war der sozialdemokratische Gewaltakt mißglückt. In zwei öffentlichen Versammlungen wurde der Tarif besprochen und das Verhalten der Gewerkschaft gebührend getadelt. Der Tarif hat Gültigkeit bis 1. August 1912. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 57 1/2 Stunden; die Wöhne sämtlicher Arbeiter erhöhen sich während der Tarifdauer um 4 Pfennig, für Überstunden werden 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag bezahlt.

Der Tarif der Spengler, Kupferschmiede, Monteure und Helfer lief am 31. März 1910 ab. Die Verhandlungen dauern zurzeit noch fort. — Auch fürs Schlossergewerbe hat der seither gültige Tarif sein Ende erreicht, indem er von Seiten des Arbeitgeberverbandes gekündigt wurde. Der Tarif wurde schon im Jahre 1906 abgeschlossen und hatte Gültigkeit bis 31. März 1908. In Anbetracht der damaligen Situation zogen wir es 1908 vor, den Tarif nicht zu kündigen, sondern auf ein Jahr weiter laufen zu lassen. Im nächsten Jahr, am 3. März 1909, reichten wir dann Forderungen ein, waren jedoch nicht wenig erstaunt, als von Seiten des Arbeitgeberverbandes die Nachricht kam, der Tarif laufe ein Jahr weiter, bis 31. März 1910.

Von den Arbeitnehmern wurde nun das Schiedsgericht angerufen, um über die Frage zu entscheiden, ob der Tarif abgelaufen sei, oder ein Jahr weiter Geltung habe. Der Schiedspruch entschied im letzteren Sinne und so mußten wir davon absteigen, im Jahre 1909 den Tarif zu erneuern. Zur Zeit sind nun die Verhandlungen im Gange und werden voraussichtlich auf schiedlich friedlichem Wege zu einem guten Resultate führen.

In Kempten wurde gemeinsam mit dem deutschen Metallarbeiterverband an die Schlossermeister eine Eingabe gerichtet, in der die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schlossermeister tariflich geregelt werden sollten. Die Schlossermeister waren gewillt, mit dem Gesellenausschuß einen Vertrag abzuschließen, wir als Organisation konnten uns aber nicht damit einverstanden erklären. Die Meister bewilligten nun, wöchentlich 58 Stunden arbeiten zu lassen, 60 Stunden jedoch zu bezahlen. In Anbetracht des herannahenden Winters mußten wir von weiteren Verhandlungen absteigen, behielten uns jedoch vor, bei Besserung der wirtschaftlichen Lage wieder an die Meister heranzutreten.

Bei der Firma Döbler, Pflugfabrik in Landsberg, wurde der Versuch gemacht, einen Tarif und Arbeitsverhältnis einzuführen. Nach persönlichem Vorstelligwerden bei der Firma mußten wir vom ersten absteigen, weil die Absicht besteht, das Geschäft zu verlegen, doch wurde zugesagt, die Schaffung eines Arbeiterausschusses sofort in die Wege zu leiten. — In Freising hatten unsere Kollegen bei der Maschinenfabrik Steineder auf friedlichem Wege eine Lohnerhöhung von 4, 3, 2 und 1 Pfennig erhalten. Einen Tarif, der den Kollegen geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse brachte, konnte mit der Firma S. Sinz Maschinenfabrik in Regensburg abgeschlossen werden. Der Tarif hat Gültigkeit bis 15. Juni 1911.

Für die Hüttenarbeiter der Egl. Bayerischen Werke wurden von unserer Seite schon manche Verbesserungen erungen. Die Lage dieser Arbeiter läßt allerdings noch sehr zu wünschen übrig. In dem Bericht der Administration von 1908 finden wir Durchschnittslöhne von 3,30 Mark täglich, einen Jahresdurchschnittsverdienst von 990 Mark. In familiärer Beziehung sind in den staatlichen Hüttenwerken noch große Mißstände. Es wäre wohl angebracht, durch Vermehrung der Wäber den Arbeitern die Gelegenheit zu bieten, sich nach Schicht im Werk selbst wohnen zu können. In Sonthofen haben die Kollegen durch die teuren Wohnungen Grund genug, vom Staat zu verlangen, ihnen die Möglichkeit zu geben, billige Arbeiterwohnungen zu bauen, oder selbst bauen zu lassen.

Christlicher Metall- und Bergarbeiterverband haben gemeinschaftlich an die bayerische Regierung und an die Kammer der Abgeordneten eine Denkschrift eingereicht, die sich mit der wirtschaftlich-sozialen Lage und den Wünschen der Arbeiter in den Egl. bay. Berg-, Hütten- und Salinenwerken befaßt.

Eine Ergänzung zur Denkschrift wurde ebenfalls eingereicht, dieselbe befaßt sich mit dem Knappschaftsgesetz. Je geschlossener die Reihen der Hüttenarbeiter sind, desto mehr können wir auch mit Nachdruck für die wirtschaftlich-soziale Besserstellung der Kollegen eintreten.

Wenn das verfloßene Berichtsjahr, trotz der immer noch vorhandenen ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse als ein gutes bezeichnet werden kann, so sind auch dementsprechend die Klassenverhältnisse der Bezirksklasse als erfreuliche zu bezeichnen.

Die Abrechnung der Bezirkskasse ergibt folgendes Bild: Einnahmen 1908/09 in 5 Quartalen 4543,82 Mark, 1909/10 in 4 Quartalen 5010,38 Mark; Ausgaben 1908/09 in 5 Quartalen 3141,78 Mark, 1909/10 in 4 Quartalen 4271,81 Mark. Kassenbestand 738,57 Mark.

In der Verwaltung der Bezirksamts ist insofern eine Aenderung eingetreten, als unser seitheriger Bezirksleiter, Kollege Rajdke, aus Gesundheitsrückgründen von seinen Posten zurücktrat. Nur ungern haben die Kollegen ihn scheiden. Es ist im Interesse des Verbandes nur zu wünschen, daß dasselbe Vertrauen auch auf seinen Nachfolger, den Kollegen Wagner, übertragen werden möge.

Soweit der Bericht des Bezirksleiters. In der an den Geschäftsbericht sich anschließenden Diskussion brachten die Delegierten ihre speziellen Wünsche vor. Hierauf hielt Kollege Wagner einen Vortrag über unsere Zukunftsaufgaben. Kollege Wagner gab dabei besonders Anregungen und Forderungen für eine erfolgreiche Verwirklichung. Eingehend wurde die Agitation unter der Jugend erörtert.

Dann nahm der Zentralvorsitzende Kollege Wieder das Wort und ließ in längeren kritischen Ausführungen die einzelnen Zahlstellen Revue passieren. Er führte den Kollegen vor Augen, daß auch in Südbayern noch tausende von Metallarbeitern für unsere Sache gewonnen werden können, wenn richtig und mit Beharrlichkeit gearbeitet würde. Mit einem Appell an die Kollegen, das Gehörte brauchen in den Zahlstellen praktisch zu verwerten, schloß er seine Ausführungen. Manches haben die Kollegen aus dem Vortrage lernen können. Wir erwarten nun, daß es auch fruchtbar zeitigen möge. Der Vorsitzende richtete an die Kollegen Worte des Dankes und schloß um 1/6 Uhr die Konferenz. Mit neuem Eifer und frischer Begeisterung wollen wir wieder an die Arbeit gehen, um unsere Reihen zu stärken, zu festigen nach innen, wie nach außen. Wie der Frühling die Natur alljährlich neu belebt und in allen Zweigen seltsames Leben erweckt, so wollen auch wir in Zukunft bestrebt sein, durch gemeinsame Arbeit die Ideen des christlichen Gewerkschaftsgedankens in immer weitere Kreise zu tragen. Denn:

Vereinter Kraft gar bald gelingt,
Was einer nicht zustande bringt. S. W.

Volkswirtschaftlicher Kursus in M.-Glabbad.

Vom 11. Juli bis 20. August wird an der Zentralfstelle des Volksvereins in M.-Glabbad in dessen Vortragssaal ein größerer volkswirtschaftlicher Kursus abgehalten.

Zur Behandlung kommen folgende Gebiete: In der ersten Woche zur Einleitung für den gesamten Kursus Wirtschaftsgeschichte, unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert; in der zweiten Woche der gewerbliche Großbetrieb (Unternehmungsformen, Arbeiterorganisation, Industriepolitik); in der dritten Woche Sozialismus und sozialistische Bewegung; in der vierten Woche die soziale Reformarbeit für die verschiedenen Berufsstände und deren Geschichte; in der fünften Woche die christliche Arbeiterbewegung; in der sechsten und letzten Woche das Problem der Frauennarbeit in der neuzeitlichen Volkswirtschaft.

Der Kursus ist berechnet für solche Herren und Damen, die sich der sozialen Arbeit auf irgend einem Gebiet in besonderer, wenn auch nicht ausschließlicher Weise, zu widmen gedenken, insbesondere für Arbeiter, die berufen und gewillt sind, in der Arbeiterbewegung sich zu betätigen. Die Vorträge finden deshalb ausschließlich des Morgens statt, die Nachmittage sind Privatstudien und praktischen Übungen gewidmet. Gehört werden für die Teilnahme am Kursus nicht erhoben. Kosten (75 bis 80 Mark pro Monat) entstehen nur aus Logis und Verpflegung, sowie aus der Anschaffung einiger Bücher. Diese Kosten sind in erster Linie durch die Teilnehmer selbst aufzubringen. In manchen Fällen zahlen die entzündenden sozialen Vereine (Arbeitervereine, Gewerksvereine usw.) Unterstützung. Die Teilnehmer aus Arbeiterkreisen müssen eine gute Schulbildung besitzen, orthographisch richtig schreiben, rednerisch talentiert sein und eine gute praktisch-soziale Schule in Arbeitervereinen, sozialen Unterrichtsreisen und vor allem in gewerkschaftlicher Reformarbeit bisher schon durchgemacht haben.

Arbeiter und Arbeiterinnen mögen ihrem Gesuche folgende Angaben beifügen:

1. Ein kurzer, selbstverfaßter und selbstgeschriebener Lebenslauf; darin ist insbesondere anzugeben, in welchen Berufen und wo man tätig gewesen ist, seit wann und in welcher Gewerkschaft man organisiert ist, in welchen katholischen Vereinen man Mitglied war und wie man sich in der organisatorischen und agitatorischen Kleinarbeit betätigt hat;
2. ein ärztliches Gesundheitsattest;
3. sind solche Personen namhaft zu machen, bei denen die Zentralfstelle über Charakter und Fähigkeiten der sich Meldenden Erkundigungen einziehen kann;
4. ist der Nachweis zu erbringen, daß die notwendigen Mittel zur Deckung der entstehenden Kosten vorhanden sind und in M.-Glabbad devoniert werden können. Dieser Nachweis kann durch Bürgschaften zahlungsfähiger Korporationen oder Privater ersetzt werden. Solche Bürgschaftserklärungen müssen genau den Betrag angeben, für den der Würge eventuell aufzukommen resp. den er zu den Kosten beizusteuern bereit ist.

Auf Wunsch übermitteln die Zentralfstelle Prospekte und genauere Anweisungen. Anmeldungen möge man spätestens bis zum 15. Juni an Direktor Dr. S. Brauns, M.-Glabbad richten.

Dieser von der Zentralfstelle des Volksvereins veröffentlichten Einladung zur Teilnahme an dem Kursus sei noch hinzugefügt, daß den Teilnehmern für eine eventuelle Ausstattung in der Arbeiterbewegung keinerlei Garantie gegeben werden kann.

Zur Generalversammlung.

In der bisherigen Diskussion zum bevorstehenden Verbandstag sind schon mehrfach Vorschläge gemacht worden, die Weiterbildung durch Wanderausstellungen und Gründung von Branchensektionen zu beleben. Diese Anregungen verdienen eingehende Beachtung. Meinei Erachtens ist bisher noch dieser Richtung hin in unserem Verbandsleben wenig geschehen. Im nachstehenden sei die Bedeu-

tung der Branchenagitation kurz darzulegen versucht, um den Delegierten des Verbandstages wie allen übrigen Kollegen die Wichtigkeit dieser Fragen zum Bewußtsein zu bringen.

Wohl keine Organisation hat mit soviel Berufsgruppen zu tun wie die der Metallarbeiter. Der Begriff Metallarbeiter ist ein weitgehender. Unter Metallarbeiter verstehen wir alle Arbeiter und Handwerker, welche in der Metallbranche beschäftigt sind. Gerade so, wie wir schon innerhalb der Metallbranche die verschiedensten Berufsgruppen haben, so auch in den einzelnen Berufen viele besondere Gruppen. Wir haben da beispielsweise unter den Maschinenarbeitern Schmiede, Schlosser, Dreher, Maschinisten usw. In Fabriken finden wir Formen verschiedener Arten, Feuerarbeiter mit verschiedenen Tätigkeiten, Schlosser, Schmiede, Dreher, Kupferschmiede, Spengler, alle üben eine Spezialarbeit aus. Aber auch unter den Kleingewerblern finden wir die verschiedensten Branchen.

Alle Gruppen von Metallarbeitern sollen für unseren Verband gewonnen werden. Wie aber an die einzelnen Kollegen herankommen? Im Fabrikbetriebe kann man es in manchen Fällen durch Werkstattversammlungen erreichen. Anders liegt die Sache im Kleingewerbe, ferner bei den Maschinenarbeitern; durch das ausgedehnte Ueberstundenwesen würde wohl manche Betriebsversammlung der letzteren fehlergeschlagen. Nun, hier ist auch die Sache in vielen Ortsgruppen schon gehoben durch die Kleingewerbe- und Arbeiter-Sektionen. Wie die Kollegen in den Fabrikbetrieben, in den Werkstattversammlungen die Verhältnisse in den Betrieben regeln können, vermögen es die Kleingewerbler nicht. Bei den mittleren Betrieben von 10 und mehr Gesellen könnte man dazu übergehen. Leider ist in den meisten Ortsgruppen unseres Verbandes zu wenig auf das Kleingewerbe eingewirkt worden. In vielen Städten, wo keine Fabriken bestehen, gibt es nur Kleingewerbebetriebe. In diesen Städten ist schon das Kleingewerbe für den Organisationsgedanken gewonnen worden.

Anderes ist es in den Industriestädten der Fall. Eine jede kleine großstädtische Ortsgruppe kann auch nicht sofort dazu übergehen, die Kräfte dürfen nicht so sehr zerstückelt werden, aber etwas mehr wie bisher kann dennoch getan werden. Es ist zu begrüßen, daß einige großstädtische Ortsgruppen zur Gründung von Branchensektionen übergegangen sind. Zweck einer erstehlichen Arbeit für die Organisation ist das sehr zu empfehlen, vorausgesetzt, daß die einzelnen Branchen stark genug sind. Wir haben dadurch schon die Erfahrung gemacht, daß die Kollegen viel lieber die Versammlungen besuchen und somit auch auf die Agitation einwirken. Mit 15 bis 20 Kollegen kann man ruhig eine Kleingewerbe-Sektion ins Leben rufen. Man darf natürlich nicht denken, jetzt kümmern mich die andern Kollegen nichts mehr. Ueber den Rahmen seiner Sektion muß man hinausschauen, für die allgemeine Bewegung muß man Interesse haben.

Selbstverständlich muß die Agitation von den Kollegen selber in Szene gesetzt werden, welche die Verhältnisse in den Kleinbetrieben kennen. Wenn aber die Kollegen von den Kleinbetrieben nicht selber vorwärts kommen können, weil vielleicht ihrer zu wenige sind, oder weil die Agitatoren fehlen, dann müssen die Kollegen von den anderen Sektionen mit Hand ans Werk legen. Die Kollegen aus den Kleinbetrieben sind bei richtiger Agitation für den Verband zu haben wie die Arbeiter der Großindustrie. In Kleinbetrieben arbeiten in vielen Werkstätten nur 1-10 Gesellen zusammen. Hat erst in einer solchen Werkstätte die Organisation festen Fuß gefaßt und sind unsere Kollegen in gewerkschaftlicher Beziehung tätig, dann sind schließlich die unorganisierten Kollegen bald verschwunden, wenn es auch erst einer tüchtigen Aufklärungsarbeit bedarf.

Sind dann unsere Sektionen vom Kleingewerbe gut ausgebaut, wird den Kollegen in den Versammlungen immer etwas Anregendes geboten, dann können wir auch auf gute Erfolge hoffen. In den Versammlungen über Fachfragen zu diskutieren, ist durchaus nicht verfehlt. Den Beschlüssen, welche die Fortentwicklung des Verbandes nicht hindern, aber den Branchen-Sektionen vom Vorteil sein können, soll die Ortsgruppenleitung nicht hemmend in den Weg treten. Je mehr den Sektionen im gewissen Sinne Selbständigkeit gelassen wird, desto eifriger werden Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute für ihre eigene Sache tätig sein.

In der letzten Zeit sind in den Stimmen zur Generalversammlung mehr Abhandlungen für die Branchensektionen gewünscht worden. Wenn das bisher nicht hinreichend geschehen ist, so liegt in den meisten Fällen die Schuld an den Kollegen selber, sie lassen eben nichts von sich hören. Im übrigen gelten ja die Artikel im Verbandsorgan allen Kollegen. Ein jeder kann aus ihnen lernen.

Hoffen wir, daß unsere Kleingewerbe-Sektionen immer mehr ausgebaut werden und wo solche noch nicht bestehen, nach Möglichkeit ins Leben gerufen werden. Die Generalversammlung möge hierzu einen energischen Aufstoß geben. Fortwärts, muß auch in dieser Frage die Parole lauten. W. G.

Die Delegiertenwahl zur Generalversammlung

hatten folgendes Ergebnis:

Wahlbezirk:

1. Duisburg, Reber Adam, Duisburg. Franzen August, Mülheim-Ruhr.
2. Essen a. d. Ruhr, Hirtlefer Heinrich, Essen. Pabberg Heinrich, Essen. Müller Franz, Essen. Große-Frie Gerhart, Essen.
3. Gelsenkirchen, Schug Joseph, Gelsenkirchen.
4. Dortmund, Krel Heinrich, Dortmund.
5. Osnabrück, Dörbelmann Wilhelm, Osnabrück.
6. Hamm, Weinbrenner Edmund, Hamm. Erdmann Heinrich, Hamm.
7. Bielefeld, Oberbofel August, Bielefeld.
8. Bippstadt, Hesse Friedrich, Bippstadt.
9. Hagen i. W. Mef Wilhelm, Hagen i. W.
10. Mendon, Kostmann Heinrich, Mendon.
11. Barmen, Ppos Karl, Barmen.
12. Düsseldorf, Leuble Joseph, Düsseldorf.
13. M.-Glabach, Krel Heinrich, M.-Glabach.
14. Aachen, Balbes Joseph, Aachen.
15. Würselen, Schümmer Franz, Würselen.
16. Ellendorf, Baum Paul, Ellendorf.
17. Köln, Schmitz Karl, Köln. Blum Heinrich, Schnellweide b. Mülh. Rh.
18. Siegen, Glerz Robert, Siegen.
19. Saarbrücken, Bicker Peter, Saarbrücken.
20. Mannheim, Thelen Wilhelm, Mannheim.
21. Freiburg i. B., Astalber Coelestin, Mülhausen.
22. Billingen, Hug Thomas, Schramberg.
23. Pforzheim, Kuhn Raver, Pforzheim.
24. Schwab. Gmünd, Kossorath Emil, Schwab. Gmünd. Körner Karl, Schwab. Gmünd.
25. München, Wagner Willy, München.
26. Nürnberg, Dohler Johann, Nürnberg.
27. Sulzbach, Konrad Adolf, Nürnberg.
28. Offenbach, Scherer Georg, Offenbach.
29. Oder, Refskat Jesu usw.
30. Hannover, Arnhövel August, Hannover.
31. Magdeburg, Theisen Mathias, Magdeburg.
32. Hamburg, Hartmann Georg, Hamburg.
33. Berlin, Winter Jakob, Berlin.
34. Rattowitz, Schümmer Wilhelm, Rattowitz.

Gewerkschaftliches.

Dem Sozialdemokrat Kläusler und der „Metallarbeiter-Zeitung“ zur Erwiderung.

In verschiedenen sozialdemokratischen Blättern Süddeutschlands richtet der Präsident der sozialdemokratischen Arbeiterunion in Schweizerisch-Rheinfelden, Genosse J. Kläusler, eine offene Anfrage an mich, ob es wahr sei, daß der christliche Metallarbeiterverband die Unterstützung für die Familie des bei dem Meinelder Streikprozeß verurteilten Stalleners Gaddi eingestellt habe. Dabei droht der Schweizerische Obergerichte mit weiteren Maßnahmen, sollte er keine befriedigende Antwort von mir erhalten. Diese Antwort hab ich ihm schon öffentlich in der Tagespresse erteilt. Tragdem beschäftigt ist die sozialdemokratische „Metallarbeiter-Zeitung“ in ihrer Nr. 23 mit der Angelegenheit, um sie mit der ihr eigenen Gehässigkeit gegen mich im einzelnen und den christlichen Metallarbeiterverband im allgemeinen auszusprechen. Zur Erwiderung auf diese unehrlichen Angriffe sei daher kurz folgendes gesagt:

„Genosse“ Kläusler wie die „Met.-Ztg.“ mögen sich gesagt sein lassen, daß der christliche Metallarbeiterverband von jeher selbst bestimmt hat, und in alle Zukunft auch selbst bestimmen wird, was zu tun ist. Niemand wird er sich von den Herren Sozialdemokraten, mögen sie auch in schweizerischen sozialdemokratischen Vereinen präsidieren, etwas vorstreifen lassen.

Was mit dieser „offenen“ Anfrage bezweckt werden soll, ist klar. Man will für die Schandtat, welche in letzter Zeit im sozialdemokratischen Lager vorfallen, einen Ablenker haben. Um die Sache aber nicht offenkundig zu treiben, wurde von einigen deutschen Separatisten, welche anlässlich des Streikes auf den Aluminiumwerken in Badisch-Rheinfelden den Gipfel niederträchtiger Kampfesweise erklommen hatten, dem schweizerischen Sozialistenführer die „offene“ Anfrage in die Feder diktiert.

Um die Neugierde des „Genossen“ Kläusler und der „Met.-Ztg.“ zu befriedigen, und auch der breiten Öffentlichkeit den Beweis zu erbringen, daß der christliche Metallarbeiterverband voll und ganz seinen Verpflichtungen nachkam, seien folgende Tatsachen festgehalten:

Gaddi war bei Ausbruch des Streikes 9 Wochen im christlichen Metallarbeiterverbande organisiert, also noch nicht unterdrückungsbererechtigt. Trotzdem wurden ihm, resp. seiner Frau, zirka 400 Mark an Unterstützung ausgezahlt, mithin bedeutend mehr, als statutengemäß selbst langjährig organisierten Kollegen zusteht.

Wie wir nachträglich aus sicherer Quelle erfahren haben, war Gaddi zur selben Zeit auch Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiter-Union in Rheinfelden (Schweiz). Wir richten daher auch an Herrn J. Kläusler die offene Anfrage: „Was hat die sozialdemokratische Arbeiter-Union für ihr Mitglied Gaddi, resp. für dessen Familie getan während der Inhaftierung?“ Sätte dieser sozialdemokratische Verein die Familie Gaddi ebenso weitgehend unterstützt, wie es der christliche Metallarbeiterverband getan hat, so wäre Gaddi's Familie auf lange Zeit der bittersten Not entzogen gewesen. Wir fragen Herrn Kläusler: „Ist es nicht schwerer Umstand der sozialdemokratischen Arbeiter-Union, daß sie die selbzeit beanspruchten Ueberlebensdienste ihres Dolmetschers nicht würdigt, und das höchste Gut einer Arbeitervereinnigung, die Solidarität und Nächstenliebe mißachtet. Wenn Sie, Herr Kläusler, nicht die volle Summe der an die Familie Gaddi während seiner Inhaftierung ausbezahlten Summe veröffentlicht, so beweisen Sie dadurch, (was andere Leute schon längst vermuteten), daß Ihre Arbeitervereinnigung überhaupt noch nicht für die Familie Gaddi getan, und Sie sich nur deshalb in die Angelegenheiten des christlichen Metallarbeiterverbandes mischen wollen, um sich von der moralischen Verpflichtung, ebenfalls für die Familie Gaddi etwas zu tun, zu drücken.“

Hegen, verleumben und verunglimpfen um jeden Preis, das sind die schmutzigen Motive, die der Kampfesmetze sozialdemokratischer Fanatiker zu Grunde liegen. Die Herren Genossen hätten bestimmt viel mehr Veranlassung, sich um die armen Opfer ihrer eigenen Agitationsweise, wie in Mansfeld und bei den bekannten Ausschreitungen, bei den Straßendemonstrationen usw. zu kümmern, wie um unsere Angelegenheiten. Daß der christliche Metallarbeiterverband für die Opfer in Badisch-Rheinfelden sogar mehr getan, wie er verpflichtet gewesen ist, hat selbst „Genosse“ J. Kläusler am 19. September 1909 mit anlässlich einer Unterredung in der Sängerkasse in Badisch-Rheinfelden zugestanden. Sagte er doch vor Augen zu mir: „daß er nie geglaubt hätte, daß ein Verband seine Mitglieder so weitgehend und über das Statut hinaus unterstützen würde, wie es in diesem Falle der christliche Metallarbeiterverband tut.“

Die Arbeiter, gleichviel welcher Anschauung sie huldigen, werden aber einer Richtung, welche jetzt mit solchen schmutzigen Waffen kämpft, den verdienten Fußtritt versehen. Dieser allzu plumbe Verleumdungszug wird aber auch nicht im Stande sein, das Vertrauen der christlich gesinnten Arbeiter zum christlichen Metallarbeiterverband zu erschüttern. Eher wird das Gegenteil erreicht werden, denn denkende Arbeiter werden unschwer erkennen, daß auf sozialdemokratischer Seite mit Lug und Trug operiert wird. Aus diesem Erkenntnis heraus werden sie sich noch zahlreicher, wie bisher dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen.

Emil Engel, Saarbrücken (Saar).

Die Neugierde der „Met.-Ztg.“, was mit den durch Sammellisten aufgetragenen Geldern geschehen sei, kann auch gleichzeitig befriedigt werden, ob schon wir gar keine Verpflichtung haben, ihre Rede und Antwort zu stehen. Die fast ausschließlich von unseren Mitgliedern gesammelten Gelder sind bis zum letzten Heller und Pfennig für die Angehörigen der Opfer des Landfriedensbruchprozesses verwandt worden, und aus der Hauptkasse des Verbandes noch viel mehr dazu. Darüber braucht sich das sozialdemokratische Verbandsblatt am allerletzten Kopfzerbrechen zu machen; wenn die Finanzwirtschaft und Verwaltung im deutschen Metallarbeiterverband ebenso korrekt und gewissenhaft geführt wird wie im christlichen Verband, dann ist es um alles Wohl bestellt und dann hat nichts das Licht der Deffentlichkeit zu scheuen. Ebenso wenig stehen Theorie und Praxis im christlichen Metallarbeiterverband im geringsten Widerspruch, mögen es Bosheit und Verlogenheit auch noch so oft behaupten.

Eine Konferenz der Parteivorstehenden Württembergs

in Stuttgart am 29. Mai war von 23 Vertretern besucht. Der Sekretär des Gesamtverbandes, Kollege Krug-Stuttgart gab einleitend einen Bericht über die gegenwärtige Lage der christlichen Gewerkschaften in Württemberg und konnte dabei die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Zahl der in den christlichen Verbänden organisierten Arbeiterschaft von Ende 1908 in 68 Ortsgruppen mit 8957 Mitgliedern auf 98 Ortsgruppen mit 6113 Mitglieder Ende 1909 gestiegen ist. Das Verhältnis zu den konfessionellen Vereinen ist immer noch das gleiche wie früher. Während die katholischen Arbeitervereine sich für die christlichen Gewerkschaften erziehen, wollen die evangelischen Arbeitervereine nach ihrer Göttinger Resolution den christl. Gewerkschaften gegenüber „neutral“ bleiben. Trotzdem agitieren führende Persönlichkeiten der evangelischen Arbeitervereine Württembergs für die sozialdemokratischen, sogenannten freien Organisationsvereine. Anders ist es bei den evangelischen Junglingsvereinen Württembergs. Gegenüber gehen die führenden Persönlichkeiten des Evang. Junglingsbundes immer mehr dazu über, die christlichen Gewerkschaften praktisch zu för-

bern, wodurch den evangelischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften die Pflicht erwächst, auch ihrerseits die evangelischen Junglingsvereine dadurch zu fördern, daß ihnen die jungen evangelischen Lehrlinge zugeführt werden. Das gleiche muß auf katholischer Seite von unseren katholischen Kollegen getan werden. Auch dort muß die heranwachsende Jugend den katholischen Jugendvereinen zugeführt werden. Wenn auf dem Kölner Kongress das Wort fiel, daß die letzte aufsteigende Hochkonjunktur den christlichen Gewerkschaften 1/2 Million Mitglieder bringen solle, dann sei es selbstverständlich, daß auch der württembergische Bezirk seinen Anteil zu der Zahl liefern müsse. Auf Sturmes Schwingen müsse es weiter vorwärts gehen. Damit das geschehe, deshalb sei die Konferenz einberufen worden. Die Kartelle haben Plannäßig zu arbeiten in der Agitation und Organisation; wenn es geht, neue Verbände unteres Gesamtverbandes einzuführen und nicht zu rasten noch zu ruhen, bis die christliche Gewerkschaftsbewegung ihres Bezirkes auf stolzer Höhe angelangt ist. In der Arbeit für unsere Bewegung müsse die Sache alles, die Person nichts gelten. Nur dann, wenn sich die Mitglieder des Kartells im persönlichen Vertrauen ohne persönliche Streitigkeiten begegnen, kann positive Arbeit geleistet werden.

Arbeitersekretär Wahl, der Vorsitzende des Stuttgarter Kartells, sprach sodann über das Thema: Welche Aufgaben erwachsen aus der gegenwärtigen Lage den Kartellen? Redner erörterte die gemeinsame Arbeit der verschiedenen christl. Berufsverbände in den einzelnen Orten durch die Ortskartelle, insbesondere die Heranbildung von Rednern und die Heranziehung der Mitglieder zur Gewissenhaftigkeit durch Vertrauensmännertreffen, gemeinsame Kartellversammlungen und Unterrichtskurse. In der Tat ist den Gegnern gegenüber ist stets zu beachten, daß wir eine unabhängige und selbständige Organisation bilden, daß wir uns deswegen durchaus nicht von der agitatorischen Arbeit anderer Organisationen beeinflussen lassen dürfen. Besondere Aufgaben erwachsen den Kartellen in der Durchführung von sozialen Wahlen, in der Sorge um das Herbergehen, in der Anregung sozialer Maßnahmen bei den kommunalen Behörden (Arbeitslosenfürsorge, Arbeitsnachweise usw.), in der Aufstellung von Vertrauensmännern zur Gewerbeinspektion usw.

Die einzelnen Kartelldelegierten des Landes berichteten hierauf über die Einrichtungen und die Arbeit ihrer Kartelle. Einen breiteren Raum beanspruchten die Berichte über die infernalische und verlogene Heße der Sozialdemokratie bei gelegentlichen parteipolitischen Vorgängen der letzten Zeit, die sie den christlichen Gewerkschaften zur Last legen will, trotzdem die christlichen Gewerkschaften als neutrale Organisationen nichts mit der Sache zu tun haben. Die Sozialdemokratie hat sich aber getäuscht, wenn sie glaubt, durch ihre schwindelhafte Agitation die christlichen Gewerkschaften zu sprengen. Die christlichen Gewerkschaftler sind in parteipolitischen Fragen mündige Menschen und fallen nicht mehr auf die unwahren und demagogischen Latschenpielerkunststücke ihrer Gegner herein. Im Interesse der Arbeiterschaft ist die Heße, wie sie von den Gegnern der christlichen Gewerkschaften getrieben wird, sehr zu bedauern. Nur die Unternehmer haben davon den Nutzen. Gelegentlich der Preisverhöhung betrachtete sich die Sozialdemokratie mit ihren „freien“ Gewerkschaften in Württemberg als die Schutzherrin des Unternehmertums, weshalb Brauererbesitzer in richtiger Würdigung dieser Tätigkeit der Sozialdemokratie namhafte Beiträge zur Erhaltung einer Parteizeitung spendeten. Günstiges konnte zum Teil berichtet werden über die Beteiligung der Ortskartelle an sozialen Wahlen.

Die Aussprache ergab noch manche wichtige Anregung. Hier sei insbesondere die des Kollegen Andre, Arbeitersekretär, festgehalten, der die Delegierten darauf hinwies, daß der Kartell-Etat gemäß einem Antrag Reinbold-Gemünd eine Summe von 20 000 Mark vorzieht als Zuschüsse für solche Gemeinden, die die Arbeitslosenversicherung geregelt haben. Auf diesen Etatstitel mögen die Kollegen hinweisen und an die Gemeinden herantreten, um sie anzuregen, die Arbeitslosenversicherung einzuführen. Der Vorsitzende, Kollege Krug, konnte in seinem Schlusswort den sehr anregenden Verlauf der Konferenz konstatieren und der Öffnung Ausdruck geben, daß die württembergischen Kartelle nunmehr fleißig am inneren und äußeren Ausbau unserer Bewegung arbeiten werden, damit bei der nächstjährigen Kartellvorsitzendenkonferenz im Mai 1911 wiederum ein ansehnlicher Fortschritt zu verzeichnen sein möchte. Notwendig wäre es auch, daß dort, wo in den Ortschaften drei oder vier christliche Gewerkschaftszustellen bestehen, aber noch kein Kartell gegründet sei, dieses baldmöglichst vorgenommen wird. Schaffhausen und Biberach wären reif für eine Kartellgründung. Wünschenswert auch diese Orte im Laufe des Jahres noch dafür kommen, damit wir nächstes Jahr ihre Delegierten auf der Konferenz begrüßen dürfen. Damit hatte die Konferenz ihr Ende erreicht und die Delegierten eilten mit der Eile wieder ihrer Heimat zu, um neue Arbeit für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung zu leisten.

pro Woche 11 880 Stunden aus. Der Bericht zählt ferner noch eine Reihe anderer Erfolge auf.

Die Gesamtmaßnahmen des Verbandes in den 10 Jahren seines Bestehens belaufen sich auf 1 068 714,37 Mk., die Gesamtausgaben auf 1 015 951,60 Mk. Das Verbandsvermögen ohne Inventarwert beträgt 27 762,71 Mk. Die Ausgaben verteilen sich in den 10 Jahren wie folgt: Streit-Maßregelungsunterstützung 269 073,10 Mk., Reise- u. Arbeitslosenunterstützung 12 180,54 Mk., Umzugs-, Notlage- und sonstige Unterstufungen 21 376,10 Mk., Sterbegeld 9436,60 Mk., Rechtschutz 31 656,80 Mk., Agitation 110 620,74 Mk., Prozentanteil und sonstige Einnahmen der Ortsgruppen 168 543,20 Mk., Verbandsorgan 59 744,76 Mk., Gehälter, Porto für Versand des Verbandsorgans und sonstiges Porto 32 314,64 Mk., Bibliothek und Bildungsweihen 6575,54 Mk., Beiträge zum Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften 12 432,64 Mk., Kosten für Generalversammlungen, Kongresse, Verwaltungs- und sonstige Ausgaben 126 031,39 Mk.

Aus dem Vorstehenden geht hervor, daß sich der Verband aus den kleinsten Anfängen heraus entwickelt und trotz aller Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellten, eine respektable Mitgliederzahl erreicht hat. Auch die Summe der Ausgaben und deren einzelne Positionen beweisen, wie sepienreich der Verband für seine einzelnen Mitglieder wirkt.

Der sozialdemokratische Schmieheverband

Konnte im vergangenen Monat auf sein 25 jähriges Bestehen zurückblicken. Gleichzeitig hielt er in der letzten Mai-Woche in München seine 12. Verbandsgeneralversammlung ab. Der Geschäftsbericht klingt ziemlich resigniert. Die Mitgliederzahl ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Auf der zehnten Generalversammlung im Mai 1906 in Berlin betrug die Mitgliederzahl 17 191. In München wurde für Ende 1908 die Zahl 14 493 und für Ende 1909 auf 15 099 angegeben. Das Verbandsvermögen einschließlich der Bestände in den Lokalkassen betrug am Schlusse der Geschäftsperiode 103 348,06 gegen 152 276,40 Mark am 1. Januar 1908. Also nicht nur Mitgliederverlust, sondern auch Verminderung des Kapitalvermögens um ca. ein Drittel.

Der Verbandstag der Schmiede besaß sich außer mit inneren Angelegenheiten wie Revision des Verbandsstatuts, Meißener, Agitation mit der Reichsversicherungsordnung und in der Hauptsache mit der Reichsmessungsfrage, d. h. die Eingliederung in den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband. Zu dieser schon lange schwebenden und leidenschaftlich erörterten Frage wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die 12. Generalversammlung nimmt Stellung zu den Vorschlägen des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiterverbandes und erklärt, diesen Vorschlägen nicht zustimmen zu können. Dagegen erklärt sich die Generalversammlung im Prinzip für eine Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband, um dem Zweck der Schaffung einer Einheitsorganisation Rechnung zu tragen.

Der Zentralvorstand, in Verbindung mit dem Vorsitzenden des Ausschusses werden ermächtigt, mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes in erneute Verhandlungen einzutreten. Die Generalversammlung erwartet, daß der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes bei diesen Verhandlungen der besonderen Lage der Schmiede durch Einräumung besonderer Rechte Rechnung tragen wird.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist zunächst der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes vorzuliegen. Hat diese ihre Zustimmung zu den Vereinbarungen gegeben, wird das Ergebnis den Mitgliedern des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen zu einer Urabstimmung vorgelegt.

Die Vereinbarung gilt als angenommen, wenn die Mitgliedschaft mit Dreifünftel-Majorität derselben zustimmt. Ist die Vereinbarung durch die Urabstimmung beschloffen, so sind die endgültigen Formalitäten durch einen außerordentlichen Verbandstag zu erledigen.“

Die Verschmelzung mit dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband ist somit im Prinzip beschloffen und dürfte als baldig bevorstehend anzusehen sein. Der Schmiedeverband hat jedenfalls die letzte Generalversammlung als selbständige Organisation abgehalten. Er wird noch einen außerordentlichen Verbandstag einberufen, der die Annexion durch den Metallarbeiterverband sanktionieren wird und dann hat der Schmiedeverband aufgehört zu existieren. Nicht der Wille einzelner Personen, sondern die wirtschaftliche Entwicklung zeichnet diesen Weg.

Aus der evangelischen Arbeiterbewegung

In der letzten Monatskorrespondenz der Sozialen Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland macht Herr Stj. M u m m u. a. folgende Ausführungen:

Der große Kampf im Baugewerbe klingt auch in die Tagung der evangelischen Arbeitervereine in Eberfeld hinein und Schreiber dieser Zeilen durfte in großer Versammlung dem Empfinden, daß die gesamte christlich-nationale Arbeiterbewegung solidarisch hinter den Ausgesparten steht, Ausdruck geben. Wichtig war das Referat über die Jugendorganisation von Pastor Plessenover, das klar und unzweideutig die Waffenbrüder zwischen den christlichen Gewerkschaften und den evangelischen Arbeitervereinen betonte, bedeutsam war auch, was an die kirchlich-sozialen Aktion des vergangenen Jahres, die Eintreten für die Gleichberechtigung der Arbeiter in den kirchlichen Körperschaften. Impulsant war die Arbeiterfestung Pfingstmontag und die Arbeiterversammlungen in der Stadt Halle. Aus ganz Westfalen und Westpreußen waren die Vertreter zusammen gekommen, die das Werk der evangelischen Arbeitervereine an den einzelnen Orten tragen. Männer wie Reichel, Giese, Schöner, Weber, Stadler, Stöckert

Rippel, General Keim und viele andere dienten der evangelischen Arbeiterbewegung mit dem Wort.

Man macht der christlich-nationalen Bewegung es mitunter auf radikaler Seite zum Vorwurf, daß sie nur in der Arbeiterschaft organisiere. Einmal ist das nicht ganz zutreffend. Dann aber hat es doch seinen besonderen Grund, daß gerade in der Arbeiterschaft Interessenvertretungen auf christlich-nationalem Grunde nötig wurden. Allein in der Arbeiterschaft drückte man den Interessenverbänden den antikristlichen Stempel auf. Allein in der Arbeiterschaft werden die Fachorgane zu freireligiöser Propaganda mißbraucht. Wie anders respektiert man in der Arbeiterschaft das Christentum. Kurz vor Pfingsten fand in Berlin eine Tagung von 24 Berufsgenossenschaften statt. Man kann dies die umfassendste Arbeiterorganisationsversammlung nennen, die halbstaatlich ist und zugleich Selbstverwaltung hat. Wen stellte man dort an die Spitze? Führer war ein Doktor der Theologie. Der Direktor von Siemens u. Halste, D. Spieder, der Präsident des Zentralausschusses für Innere Mission, führte hier die deutsche Industrie, derselbe, der jüngst im Berliner Dom auf Veranlassung der kirchlich-sozialen Konferenz zum Gedächtnis D. von Bodelschwinghs gesprochen hat. Der deutsche Industrielle denkt nicht daran, in seiner Berufsorganisation den Glauben des Nächsten anzulasten. Die sozialdemokratischen Fachorganisationen aber tun es wieder und wieder durch freireligiöse Medner und Artikel. So war die christlich-nationale Arbeiterbewegung eine zwingende Notwendigkeit geworden.

Vergiftete Waffen von „Sitz Berlin“.

Es gibt wohl kaum eine Richtung, die ihre Gegner so unehrlich bekämpft und aus allem und jedem verästelte Pfeile zurechtschmieden kann, wie die geistigen Kämpfer der Berliner Fachabteilungen. Nachstehend ein erneuter Beweis dafür.

Auf dem Mitte Mai in Chemnitz stattgefundenen „Evangelisch-sozialen Kongress“ haben eine Anzahl Redner, selbst Pastoren, offen mit der Sozialdemokratie gefehelt und den Sozialismus als „wahrhaft christliche Idee“ hinzustellen beliebt. Einer dieser sonderbaren Pastoren brachte es sogar fertig und bezeichnete es als „Skandal“, wenn Geistliche versuchen, durch Gründung evangelischer Arbeitervereine die Arbeiterbewegung zu zersplittern!

Solche Entsetzungen und Verwirrungen angeblicher Vertreter des Christentums werden alle gläubig christlichen Parteimitglieder bedauern und bedauern. In erster Linie die auf dem Boden der christlichen Gewerkschaften stehenden Katholiken wie Protestanten. Und trotzdem schmiedet der Berliner „Arbeiter“ Nr. 23 aus den Chemnitzer Vorgängen wieder eine Waffe, taucht sie in seinen Giftbecher und schießt sie mit folgenden Neußerungen los:

„Was sollen wir zu diesen Kundgebungen auf protestantischer Seite sagen? Nur das eine: Solche Kreise, in denen diese horrenden Begriffsverwirrung herrscht, werden niemals instande sein, irgendeinen Ausweg aus dem Wirrwahl der sozialen Irrtümer zu finden. Vergeblich und gefährlich erscheinen deshalb alle auch auf katholischer Seite noch immer begünstigten Versuche, durch Verbindung mit solchen Kreisen und unter Preisgabe unserer klaren katholischen Grundsätze eine geordnete Neuordnung des sozialen Lebens herbeizuführen. (Wom Verfasser dieser Notiz gesperrt.) Nur die offene Entfaltung der katholischen Grundsätze und ihre Verwirklichung im wirtschaftlichen und sozialen Leben kann die drohende gesellschaftliche Ordnung retten.“

Mit den „auch auf katholischer Seite begünstigten Versuchen“ sind selbstverständlich die Befürworter der christlichen Gewerkschaften gemeint, denen hier mit bekannter „Berliner“ Unversöhnlichkeit „Preisgabe ihrer klaren katholischen Grundsätze“ unterzogen wird. Wenn die Wintermänner des „Arbeiter“-Berlin noch einen Funken Ehrlichkeit im Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften anwenden wollten, würden sie es wissen müssen und offen eingestehen, daß die christlichen Gewerkschaften und deren Befürworter mit den sozialistisch-verfälschten Pastoren und Professoren aus dem evangelischen Laie ebenso wenig Geistesgemeinschaft haben wie die „einzigen wahren“ Katholiken resp. Ueberkatholiken vom „Sitz Berlin“. Wenn sie es troghallem so hinzustellen versuchen, so ist dies ein neuer Beweis von der strupellosen Demagogie und Unehrlichkeit, mit der die Berliner Fachabteiler die Brunnenvergiftung in der christlichen Arbeiterbewegung weiterbetreiben.

Empfindliche Hirsch-Dunkersche Konfessionsräte.

Der „Regulator“ versucht sich in seiner Nummer 22 mit einer Antwort auf unsere Notiz: „Schwache Hirsch-Dunker“ in Nr. 20 „Der Deutsche Metallarbeiter.“ Eingangs wiederholt er den von uns schon gekennzeichneten Wölbstein, auf dem Bezirksdelegiertentag der kath. Arbeiter- und Anwaltsvereine in Marzlah (nicht Dinslaken, wie das H.-D. Blatt schreibt) sei den katholischen Vereinen von seiten „christlicher“ Gewerkschaftsmitglieder mit der Vernichtung gedroht worden, wenn sie es unterließen, ihre Mitglieder den christlichen Gewerkschaften zuzuführen.

Unjinn bleibt nun Unjinn, und wenn er von einem H.-D. Konfessionsrat noch so oft wiederholt wird. Wir haben den „Regulator“ doch schon in Nr. 20 mit der Nase drauf gestochen, daß sich die in Dinslaken tagenden katholischen Vereine dann ja selbst mit der Vernichtung bedroht hätten, wenn der Quatsch in den H.-D. Blättern einen vernünftigen Sinn haben sollte. Denn die kath. Vereine selbst und nicht etwa christliche Gewerkschaftsführer haben die Resolution einstimmig beschloffen, auf die der „Regulator“ seine blödsinnige Schlußfolgerung aufbauen will.

Der Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- und sonstiger Industriearbeiter
Hielte in den Tagen vom 22. bis 25. Mai im Gesellschaftshaus in München seine 5. Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß der Verband in der abgelaufenen Periode 534 959,93 Mk. Einnahmen und 512 197,22 Mk. Ausgaben hatte. An Streit-Maßregelungsunterstützung 197 493,24 Mk., an Arbeitslosenunterstützung 12 180,54 Mk., an Umzugs-, Notlage- und sonstige Unterstufungen 21 376,10 Mk., an Sterbegeld 9436,60 Mk., an Rechtschutz 31 656,80 Mk., an Agitation 110 620,74 Mk., an Prozentanteil und sonstige Einnahmen der Ortsgruppen 168 543,20 Mk., an Verbandsorgan 59 744,76 Mk., an Gehälter, Porto für Versand des Verbandsorgans und sonstiges Porto 32 314,64 Mk., an Bibliothek und Bildungsweihen 6575,54 Mk., an Beiträge zum Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften 12 432,64 Mk., an Kosten für Generalversammlungen, Kongresse, Verwaltungs- und sonstige Ausgaben 126 031,39 Mk.

Weil er sich somit jämmerlich blamiert hat und sich rein gar nichts zu sagen weiß, mimt er den Empfindlichen und beklagt sich über den Ton, den wir angeschlagen hätten. Das sei „geschimpft“, so orakelt das H.-D. Verbandsorgan und weil wir auf die zarten Hirsch-Dunkler „geschimpft“ hätten, seien wir im Unrecht. Die Beweisführung ist gewiß einfach, nur schade, daß sie falsch ist, aber von der Beschränktheit und Konfusion des H.-D. Artikel-Schreibers so bereites Zeugnis ablegt. Erstens war der Artikel in Nr. 20 etwas drastisch, aber noch lange keine „Schimpferei“ oder gar ein „Wutausbruch“, wie es der „Regulator“ seinen bedauerntwerten Lesern in Ermangelung sachlicher Gründe suggerieren möchte. Mößsinn müssen wir eben Mößsinn nennen und Konfusion heißt Konfusion. Ferner haben wir in Nr. 20 die Haltlosigkeit der H.-D. Schlussfolgerung in sachlicher Beziehung nachgewiesen und den gegen die christlichen Gewerkschaftsführer erhobenen Vorwurf des Terrorismus als das zurückgewiesen, was er ist, nämlich eine haltlose Verdächtigung und infame Verleumdung. Hoffentlich werden die zarten Nerven des „Regulators“ ob der Wiederholung dieser „Schimpferei“ nicht ganz aus Rand und Band geraten. Sonst empfehlen wir ihm nochmals das Mittel, das er auf seiner letzten Seite in einem zweideutigen Inseerat allen „Schwachen Männern“ als Wegweiser durchs ganze Leben gegen „Männer- und Nervenstärke“ anpreist.

Sozialdemokratische Flegelien vor Gericht.

Am 20. März, so berichtet das „Neue Münchener Tageblatt“ unterm 2. Juni aus Bamberg: „hatten die christlichen Gewerkschaften dahier im Rosenau-Saal eine öffentliche Volksversammlung anberaunt, in welcher der christliche Gewerkschaftssekretär Striegel referieren sollte. Hierzu fanden sich auch etwa 400 Sozialdemokraten ein, welche den Referenten, als er beantragte, daß das Bureau der Versammlung aus Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften gebildet werden soll, mit Pfuirufen empfangen und niederstürzten. Die christlichen Gewerkschaftler widersetzten sich gleichfalls und es entstand ein großer Tumult auf beiden Seiten. Am stärksten trieben es dabei die „Genossen“. Einige sprangen auf die Tische, andere riefen: „Hinaus mit den Volksvertretern, den Schwindlern, den Lumpen und dergleichen. Dem christlichen Gewerkschaftssekretär Striegel, der sich noch auf dem Podium befand, rief der Sozialdemokrat Monteur Ferdinand Schmitt von hier zu: „Mach, daß du runterkommst, du Dumpe!“ Der Standal währte nahezu eine Stunde, bis sich die christlichen Gewerkschaftler endlich veranlaßt sahen, den Saal zu verlassen und sich in einem andern Lokal zu versammeln. Der Gewerkschaftler Pfuirufe erfolgten, als die christlichen Gewerkschaftler abzogen.“

Striegel stellte wegen der ihm vom Genossen Monteur Ferdinand Schmitt zugesügten persönlichen Beleidigung Privatklage. In der Verhandlung am Amtsgericht bestritt der Beklagte die ihm zur Last gelegte Aueberung und will gesagt haben: Lumpen seid ihr alle! Damit habe er die christlichen Gewerkschaftler gemeint. Der Beklagte erhielt 30 Mark Geldstrafe eventuell 6 Tage Gefängnis. Der Urteilstenor wird auf Kosten des Beklagten in zwei Zeitungen veröffentlicht.

Ein nettes Momentbildchen sozialdemokratischer Bildung und Toleranz. Die „Genossen“ haben gebrüllt und getobt und geschimpft, ohne zu wissen warum. Auf die Bamberger Sozi wirkt der Anblick christlicher Gewerkschaftler auscheinend wie ein rotes Tuch auf ein gewisses robustes Tier.

Industriehörigkeit.

In alte, längst entschwundene Zeiten glaubt man sich zurückversetzt, wenn man den folgenden Erlaß liest, den die Hannoverische Continental Caoutchouc und Gutta-Percha-Comp. an ihre Angestellten richtete:

Hannover, den 5. Januar 1910.

Bekanntmachung.

Eine größere Anzahl unserer Angestellten ist in letzter Zeit an uns mit der Bitte um Gewährung einer Unterstützung herangetreten, und begründeten die Beamten diese Bitte, daß sie, weil sie verheiratet seien, mit dem von uns gezahlten Gehalt nicht auskommen könnten.

Wir machen es daher unsern sämtlichen unverheirateten Angestellten zur Pflicht, uns sofort davon Mitteilung zu machen, die die Absicht haben, zu heiraten; denn es ist notwendig, daß Angestellte, die eine Ehe eingehen, auch ein Gehalt beziehen, das ihnen gestattet, auch eine Familie anständig zu ernähren.

Wir müssen uns daher für die Folge vorbehalten, Angestellten die Genehmigung zur Heirat zu verjagen, falls sie bei uns zu bleiben gedenken, jedoch nach unserer Auffassung ein Gehalt beziehen, das die Eingehung einer Ehe nicht gestattet.

Cont. Caoutchouc- u. Gutta-percha-Comp. gez. Seligmann.

Wie in grauer Vorzeit das Leben der Hörigen sich in jenen engen Grenzen bewegte, die Herrschaft oder Herrngunst vorzeichnete, wie auch damals die Unfreien der Erlaubnis des „Herrn“ bedurften, wenn sie eine Ehe eingehen wollten, so soll es auch jetzt wieder geschehen unter der Herrschaft der Industrie im 20. Jahrhundert. Derartige Verträge sind ja nichts neues mehr. Der Industriefürst Sturm hatte ja ähnliche Bestimmungen erlassen. Auch er schrieb vor, ob die Leute heiraten durften oder nicht, welche Zeitung sie zu lesen hatten usw. Das uns aber an diesem Erlaß der Cont. Caoutchouc und Gutta-Percha-Comp. frappiert, das ist die Offenheit, mit der hier zugegeben wird, daß die Gehälter heiratsfähiger Angestellter nicht hinreichend sind, um eine Familie zu ernähren. So ist's recht. Die Angestellten haben doch auch nicht nötig aus Neigung zu heiraten. Sie sollen nur ein Mädchen ehelichen, daß durch eigen's Vermögen im Stande ist, das minimale Gehalt des Mannes zu einem

anständigen zu gestalten, damit die Firma doch nur ja von einer Aufbesserung der Gehälter verschont bleibe. Die Hauptfache ist eben, daß die Gewinne steigen. Ob dies auf Kosten des Lebensglücks der Angestellten geschieht oder nicht, ist manchen modernen Industriemagnaten vollständig gleichgültig.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Wie schon in vor. Nummer berichtet, haben die Verhandlungen im Reichstagsgebäude bis jetzt noch kein positives Resultat gezeitigt. Vielmehr sind noch eine ganze Reihe von Differenzpunkten bestehen geblieben. Die Unparteilichen haben nun eine ganze Reihe von Vorschlägen formuliert, die nebst eingehender Begründung der Vergütung und Entschädigung der beiderseitigen Organisationen überwiesen werden sollen. Inwieweit auf der Grundlage dieser Vorschläge eine Einigung möglich ist, bleibt abzuwarten.

Eine Verständigung wäre im Interesse des Gewerbes und der Gesamtindustrie gewiß sehr zu wünschen. Inzwischen versuchen die Unternehmer in einzelnen Bezirken die Situation aber noch durch eine Ausbehnung der Aussperrung zu verschärfen, was die Aussicht auf baldigen Frieden gewiß nicht verstärken kann.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Metallarbeiteraussperrung in Lünen-Wehmar.

Auf Anregung des Gewerbegerichts Dortmund-Land hatte Herr Bürgermeister Becker in Lünen neuerdings den Versuch unternommen, eine Einigung zwischen den Unternehmern und den organisierten Arbeitern herbeizuführen. Seine Bemühungen sind leider wiederum erfolglos gewesen. In einer nachher stattgehabten Versammlung der Arbeiterorganisationen erfolgte die Abstimmung, ob die Arbeit am kommenden Montag wieder aufgenommen werden solle. In geheimer Abstimmung erklärten sich die Streikenden bzw. Aussperrten mit wenigen Ausnahmen unter den bisherigen Zugeständnissen gegen die Wiederaufnahme der Arbeit.

Das Scheitern der Vermittlung ist auf das Konto der Arbeitgeber zu setzen, die, wachend auf ihren Herrenstandpunkt, es ablehnten, mit ihren Arbeitern zu verhandeln. Bisher war es wohl in Arbeitgeberkreisen üblich, Verhandlungen mit den Gewerkschaftssekretären, als dem Betrieb fernstehenden Personen anzuhören. Das jedoch auch Verhandlungen mit den eigenen Arbeitern abgelehnt werden, erreicht den Gipfel der Rigorosität. Wo bleiben da die Friedensschalmeien der Unternehmer? Daß bei einem derartigen Verhalten der Unternehmer an keine Einigung zu denken war, ist erklärlich. 10 Wochen stehen jetzt die Forner der Louisenhütte im Streit, seit einem Monat sind hunderte von Metallarbeitern ausgesperrt. Wenn die Arbeitgeber sich aber in die Hoffnung eingewiegt haben, durch die Aussperrung die kämpfenden ins Wanken zu bringen, so haben sie sich getäuscht. Die Reihen der Streikenden und Aussperrten, die zum weitest größten Teil dem christlichen Metallarbeiterverband als Mitglieder angehören, sind noch ungelichtet.

Die Arbeiter sind sich nach den Darlegungen ihrer Führer voll der ganzen Tragweite ihres gestrigen Beschlusses bewußt und sind gegebenenfalls noch auf einen langen Kampf gefaßt. Sie sind gewillt, denselben mit derselben Zähigkeit und Entschlossenheit zu führen, wie bisher. Eines hat die Aussperrung bis heute schon gezeigt. Eine größere Anzahl Arbeiter ist bereits von Lünen abgereist und eine noch größere Anzahl wird nach dem jetzigen Beschluß folgen. Vielleicht kommen dann die Arbeitgeber zur Erkenntnis, daß sie in Zukunft besser tun, den berechtigten Forderungen ihrer alten erfahrenen Arbeiter Rechnung zu tragen, als ihres Arbeiterstammes verlustig zu gehen. Den unorganisierten wird die hiesige Aussperrung eine Lehre sein. Sie bietet ihnen den Beweis, daß die wirtschaftlichen Kämpfe an Schärfe zunehmen. Hier bedarf es einer starken Organisation, wie sie der Christliche Metallarbeiterverband darstellt, wenn dem Spiel mit der Arbeiterkraft seitens der Unternehmer ein Ende bereitet werden soll.

Zum Streit in Falkau.

Nachdem nunmehr der Streit schon 4 bezw. 6 Wochen währt und immer noch keine Wendung eingetreten ist, erscheint es angebracht, die beiderseitigen Aussichten einmal abzuwägen.

Seitens der Firma wurden alle Mittel versucht, Arbeitswillige heranzuziehen und sie dann fest zu halten. So wurde den im Betrieb stehen gebliebenen anfangs 30 und nun 50 Pfennig pro Tag mehr bewilligt. Da es aber unmöglich war, mit den paar Leuten den Anforderungen der Kundschaft gerecht zu werden, versuchte man die Zahl der Arbeitswilligen zu vermehren. Wir glauben, daß es der gute „Ruf“ des „Werbeoffiziers“ war, der von vornherein schon jeden Erfolg der „eblen“ Tätigkeit unmöglich machte. Die paar Arbeiter, die sich fördern ließen, wandten nach erhaltener Aufklärung Falkau wieder den Rücken.

Um nun die Kundschaft einigermaßen befriedigen zu können, kauft die Firma von anderen Fabriken ganze Wagenladungen fertiger Schrauben, um sie dann als eigenes Fabrikat der Kundschaft zu überlassen. Das kostet natürlich ein Heidengeld, viel mehr als die Summe der geforderten Lohnerhöhung ausmacht. Dieses unverständige Gebaren der Firma hat nun eine Anzahl einsichtiger Aktionäre veranlaßt, in den Tageszeitungen scharfen Protest gegen Direktion und Betriebsleitung zu erheben.

Die Arbeiterchaft steht geschlossen und einig da. Der Wunsch der Betriebsleitung, die Streikenden würden umfallen, wird nicht in Erfüllung gehen.

Aussicht auf Ersatz ist keine vorhanden, sobald es wohl an der Zeit wäre, daß sich die Direktion auf einen anderen Standpunkt stellen und die durchaus gerechtfertigten Forderungen der Arbeiter erfüllen würde.

Erlingen

In der Gießerei der Maschinenfabrik Kieselring und Albrecht wurde am 17. Mai ein Gießereiarbeiter durch Herabfallen einer schweren Eisenplatte tödlich verletzt. Die Krakenfette war beim Hochziehen der 3000 Kilogramm schweren Platte gerissen, wodurch das Unglück erfolgte. Vor längerer Zeit hat sich in demselben Betriebe ein ähnlicher Unglücksfall ereignet. Infolgedessen kam die dortige Arbeiterchaft in große Erregung, zumal die Ursache dieser Unglücksfälle zum großen Teil auf mangelhafte Einrichtungen im Betriebe zurückzuführen sind. In erster Linie wurde über zu schwache Krakenketten geklagt. Ferner waren Veränderungen am Balancer, sowie größere Reparaturen am Kuppelofen unbedingt notwendig. Ein Glasbad und eine schwere Eisentür bildete eine ständige Gefahr für Leben und Gesundheit der dort beschäftigten Arbeiter.

Um nun die Firma zu veranlassen, diese, sowie auch noch verschiedene andere Mängel zu beseitigen, wurde eine Kommission seitens der Arbeiter vorstellig. Die Firma versprach auch, die notwendigen Veränderungen und Neuananschaffungen sofort vorzunehmen. Leider wurde dieses Versprechen nicht gehalten, indem selbst dasjenige nicht in Angriff genommen wurde, was sofort gemacht werden konnte. Daher beschlossen die Forner und Gießereiarbeiter in einer gemeinsamen Betriebsbesprechung am 21. Mai die Kündigung einzutreten. Der übrige Teil der Belegschaft beschloß, innerhalb 8 Tagen ebenfalls Stellung zu dieser Frage zu nehmen.

Hierauf ist die Firma den Arbeitern entgegengekommen. Einzelne Mängel sind bereits beseitigt und die notwendigen Neuananschaffungen bestellt. Ferner erklärte die Firma, innerhalb 3 Wochen auch die größeren Reparaturen fertiggestellt zu haben. Deshalb beschloß die Arbeiterchaft, am Freitag, den 27. ds., in einer weiteren Betriebsversammlung, in der auch Herr Kieselring selbst anwesend war, die Kündigung der Forner und Gießereiarbeiter bedingungsweise zurückzunehmen. Die Arbeiterchaft der Firma Kieselring u. Albrecht ist bis auf den letzten Mann organisiert. Diesem Umstand allein hat sie es zu verdanken, daß in so kurzer Zeit ein Erfolg zu verzeichnen ist. Auf der anderen Seite haben obige Vorommnisse wiederum bewiesen, daß eine straffe Organisation der beste Schutz ist für Leben und Gesundheit der Arbeiter in den Betrieben.

Mhlen Westf.

Die Blechwarenfabrik Linne-mann, Schulte und Co. kündigte am 22. März einen Lohnabzug an, der sofort in Kraft treten sollte. Mehrere Klemperer nahmen daraufhin ihre Entlassung. Seitens unzeres Verbandes wurde in einer Versammlung der Klemperer beschlossen, die Sperre über die Firma zu verhängen. Der deutsche Metallarbeiterverband sowie der Hirsch-Dunkler'sche Gewerbeverein wurden hieron am 2. April benachrichtigt. Für den Klemperer M. Heipke, Mitglied des deutschen Metallarbeiterverbandes und Vorstehen-der des freien Gewerkschaftsartells Mhlen, scheint die Sperre aber nicht zu bestehen, derselbe ist bei genannter Firma als Klemperer in Arbeit getreten. Da also seitens des deutschen Metallarbeiterverbandes die Sperre mißachtet und offensichtlich gebrochen wird, ist eine Aufrechterhaltung der Sperre unsererseits zwecklos und haben wir dieselbe hierdurch auf.

Osberg

In der Osberger Streitangelegenheit fand am Mittwoch, den 1. Juni, in Arnsherg eine Besprechung zwischen dem Arbeitgeberverband Osnabrück, der Bezirksleitung des christlichen Metallarbeiterverbandes und der Geschäftsleitung der Osberger Hütte statt. Nach längerer Aussprache erklärte die Geschäftsleitung der Osberger Hütte, daß sie, wie bereits zugesagt, einen Arbeiterauslaß einführen wolle. Im übrigen müßte die Arbeit bedingungslos aufgenommen werden. Jeder Arbeiter habe auf dem Lohnbureau um Arbeit anzufragen. Außerdem würden drei Arbeiter nicht wieder eingestellt.

In der am selben Tage stattgefundenen Versammlung der streikenden Forner lehnten dieselben mit 66 gegen 2 Stimmen in geheimer Abstimmung ab, unter diesen Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die Geschäftsleitung der Osberger Hütte gar kein Entgegenkommen zeigt. Das Ende dieses alle Bevölkerungskreise schädigenden wirtschaftlichen Kampfes ist daher noch nicht vorauszu sehen, die Direktion wird später einsehen, daß sie mit ihrer Hartnäckigkeit sich selbst den größten Schaden zugefügt hat.

Zur Beachtung.

Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Wesum. In der Stahlformerei der „Westfälischen Stahlwerke“ sind Differenzen ausgebrochen.

Düsseldorf. Ueber die Kernmacherei der Firma Soest u. Co., Reisholz ist die Sperre verhängt worden.

Falkau (Baden). In der Draht- und Schraubenfabrik Falkau (Aktien-Gesellschaft) stehen die Arbeiter im Streit.

Sundern bei Arnsherg i. W. Zur Verteldigung des Koalitionsrechts stehen die Arbeiter der Firma Anton Brumberg im Streit.

Dortmund-Lünen. Auf der Louisenhütte, Lünen Hütte, Lünener Eisengießerei und der Hütte „Wesfalia“ sind 700 Arbeiter ausgesperrt. Zugzug von Arbeitern aller Verne ist fernzubalten.

Esslingen. Bei der Firma J. Duderstadt sind die Flaschner wegen Lohnhöhen in den Streik getreten. Ueber den Verbleib ist die Sperre verhängt.

Mürnberg. In der Maschinenfabrik und Eisengießerei Spaeth, Dugendtsch, in der Drahtstiftfabrik Dehner und Schlegel stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen im Streik.

Hagen-Schwelm. Der Unternehmerverband für den Industriebezirk Hagen-Schwelm hat wegen eines partiellen Streiks in Gevelsberg eine allgemeine Aussperrung der Metallarbeiter beschlossen und teilweise schon durchgeführt.

Giberfeld. In der Schlosserwerkstätte der Schwebelbahn in Bohwinkel ist wegen Lohnhöhen Streik ausgebrochen.

Danzig. Bei der Firma Kleschberger in Ohra bei Danzig sind wegen Bezahlung der Ueberstunden Differenzen ausgebrochen.

Reitwig. Bei der Firma Gebr. Ruhmann, Eisengießerei und Maschinenfabrik, sind sämtliche Former wegen Lohnhöhen gemaspert worden.

Olsberg. Die Former der Olsberger Hütte stehen wegen Lohnhöhen im Streik.

Cöln-Denz. Sämtliche Arbeiter der Firma Gebr. Sachsenberg, Schiffswerk, stehen im Streik wegen Lohnhöhen.

Zugung ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, 12. Juni 1910 der vierundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. bis 19. Juni fällig.

Die Ortsgruppe Menden i. W. erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Extra-Beitrages von 10 Pfg. pro Woche. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die arbeitslos sind, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Aufnahmefähigkeit von allen dem Verbande beitragenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertretenden, sind genau auszufüllen, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit an die Zentrale einzufenden. Die Kassierer mögen dieses genau beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Alle Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ohne Unterschrift, sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des christl. Metallarbeiterverbandes Duisburg, Seitenstraße 19 und nicht an die persönliche Adresse einzelner Beamten zu adressieren.

Aus dem Verbandsgebiet.

Wülheim-Rhein Der vor Kurzem erschienene Jahresbericht der Felten und Guilleaume-Walzmehrer Werke A.-G., in Wülheim-Rhein dürfte für die Arbeiterschaft, besonders des hiesigen Carlswerkes, nicht uninteressant sein. Deshalb mag er hier kurz besprochen werden. Zunächst konstatiert der Geschäftsbericht, daß das Erträgnis des Carlswerkes sehr erfreulich gewesen sei. Auch die Beteiligungen haben durchweg gute Erträgnisse geliefert, die betreffenden Unternehmungen weisen fast sämtlich eine günstige Entwicklung auf. Das Schmersenskind des Unternehmens hingegen war das Dynamowerk. Das Sinken der Verkaufspreise für Dynamos nebst Zubehörteilen auf einen bisher noch nie erreichten Tiefstand veranlaßte die Geschäftsleitung zu dem Versuch, die Preise möglichst lange auf angemessener Höhe zu halten. Infolgedessen waren die Anlagen nicht ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend beschäftigt. Dadurch entstand ein Mißverhältnis zwischen Unkosten und dem Wert der hergestellten Produkte. Da auch in den ausländischen Tochtergesellschaften in dieser Branche die Verhältnisse zum Teil ähnlich gelagert waren, blieb die Abrechnungssumme hinter der des Vorjahres annähernd um 15 Proz. zurück, so daß das Dynamowerk mit Verlust abschließen mußte. Diese schlechte Rentabilität der Dynamoabteilung ist auch Schuld daran, daß die Dividende auf nur 6 Proz. (gegen 8 Proz. im Vorjahre) festgesetzt werden konnte. Immerhin konstatiert der Bericht mit Genugtuung, daß es das gute Ergebnis des Carlswerkes gewesen sei, welches ein weiteres Heruntersetzen verhinderte.

Vom Carlswerk bemerkt der Bericht, daß auf dem Gebiete der Eisen- und Stahlverarbeitung im Drahtwerk in der Drahtwarenfabrik, der Drahtstiftfabrik, sowie in der Verzinker eine Zunahme der Beschäftigung zu verzeichnen war. Die zu Beginn des Jahres abgeschlossene Preisvereinbarung der meisten deutschen Drahtwerke ermöglichte eine namhafte Besserung der Preise für das Inland. Eine ähnliche Verständigung für das Ausland hatte nicht den gleich guten Erfolg. Letzteres traf besonders

in der Drahtstiftfabrikation zu, wo später sogar die Vereinigung aufgelöst werden mußte, weil verschiedene Konkurrenzfirmen sich nicht beteiligten. In der zweiten Hälfte des Jahres besserten sich auch die Aufträge aus dem Auslande.

Im Oktober 1909 wurde das Syndikat für den Verkauf von Drahtseilen neu gebildet. Naturgemäß ist die Wirkung keine so rasche, daß sie schon in diesem Jahre richtig zum Ausdruck käme. Das Kabelwerk war besonders in der Starkstromabteilung gut beschäftigt. Das Austreten eines neuen Wertes hatte im Februar zur Auflösung des Kabelkartells geführt, was zunächst umfangreiche Aufträge mit teilweise sehr langen Lieferfristen veranlaßte. Ein später eintretender, nicht unbedeutender Preissturz veranlaßte im Mai 1910 die Neugründung des Kabelkartells. Der Absatz in Schwachstromabteilung war durch mangelhaften Bedarf der Behörden ungünstig beeinflusst. Kupferwerk und Kupferdrahtzieherei waren besser mit Aufträgen versehen als im Vorjahre. Die Guttapercha-Werkefabrik war wegen Übernahme des Vertriebs in diesem Artikel unzureichend beschäftigt. Die Gummiabteilung war in den meisten Abteilungen gut beschäftigt, litt aber später stark unter der ungeheuren Erhöhung der Rohgummipreise. Die Abteilung Nürnberg hatte für ihre Erzeugnisse in Kabeln ungünstige Absatzverhältnisse. Die Fabrik für Schwachstromapparate verspricht eine gute Entwicklung.

Das Elektrizitätswerk leistete 14 (11,2) Millionen Kilowattstunden. Die Gasfabrik lieferte 3 662 729 (3 646 000) Kubikmeter Gas. Die Altkohlenbewegung auf der Rheinwerft stieg von 62 170 auf 75 413 Tonnen. Von den 12 632 bestellten Maschinen mit 480 000 Pferdekraften wurden im Dynamowerk 11 220 Maschinen mit 450 000 Pferdekraften abgeliefert. Im Vorjahre waren nur 10 120 Maschinen mit 460 000 Pferdekraften bestellt. Hier sowohl, wie auch bei den abgelieferten Maschinen zeigt sich, daß die Durchschnittsleistung der Maschinen zurückgegangen ist von 46 auf 38 Pferdekraften. Infolge Verminderung der großen Industrieanlagen und Anlage von Ueberlandzentralen wurde die Verwendung von kleinen Motoren gefördert.

Die Fabriken für Schaltapparate, Elektrizitätszähler, Meßinstrumente und Metallfadenslampen befinden sich noch in der Entwicklung, versprechen aber guten Erfolg. Auch auf dem Gebiete der elektrischen Vorkablen gingen die Bestellungen zurückgehend ein. Die Maschinenabteilung hat sich neue Absatzgebiete errungen. Die Herstellung von Apparaten und Einrichtungen für Oxydierung des Trinkwassers und der Luft brachte ebenfalls zahlreiche Aufträge.

Das rechnerische Ergebnis des Jahres kommt in folgenden Zahlen zum Ausdruck: Der Rohgewinn betrug 13 893 108 Mk. (14 618 885 Mk. im Vorjahre). Nach Zug der Handlungsunkosten von 5 845 585 Mk. (5 369 236 Mk.) und Abschreibungen von 2 280 884 Mk. (2 301 998 Mk.), ferner der Steuern, Anleihezinßen, Bank- und sonstigen Zinsen und Gebühren von 2 142 604 Mk. (1 817 133 Mk.) ergibt sich, einschließlich des Vortrages von 439 440 Mk. (435 202 Mk.) ein Reingewinn von 4 063 475 Mk. gegen 5 562 722 Mk. im Vorjahre. Es wird folgende Verwendung des Reingewinnes vorgeschlagen: Rücklage 181 202 Mk. (256 376 Mk.), 6 Prozent Dividende = 3 300 000 Mk. (4 400 000 Mk.), Ueberweisung an verschiedene Bestände 63 557 Mk., Gewinnanteile für den Aufsichtsrat 117 928 Mk., Vortrag auf neue Rechnung 400 788 Mk. (439 439 Mk.).

Die Ansichten für das neue Geschäftsjahr werden als gute (für die Herren Aktionäre natürlich) bezeichnet. Die Beschäftigung hat wesentlich zugenommen gegen das abgelaufene Jahr. Der Bestand an Aufträgen war schon am Anfang des neuen Jahres wesentlich höher. Sowohl das Carlswerk als auch die Beteiligungen lassen ein gleich gutes Resultat als im vergangenen Jahre erwarten. Die ungünstigen Verhältnisse im Dynamowerk scheinen überwunden, so daß auch von dieser Seite keine Beeinträchtigung des Gesamtergebnisses zu befürchten ist. Auch von der in Ausführung begriffenen Zusammenfassung und Neuordnung der Verwaltung verspricht man sich eine günstige Einwirkung auf die geschäftliche Entwicklung.

Soweit der Geschäftsbericht, der gewiß für die Arbeiterschaft, ganz besonders aber im Carlswerk, nach verschiedenen Seiten hin sehr lehrreich ist. Besonders nachahmenswert für die Arbeiterschaft ist das Bestreben der Direktion, das im Geschäftsbericht mehrfach zum Ausdruck kommt, durch Organisation die bestehenden Verhältnisse zu bessern. Durch Zusammenfluß im Drahtstiftkartell, Kabelkartell, Preisvereinigung der deutschen Drahtwerke usw. wurde ein Einfluß auf die Preisgestaltung ausgeübt, der nur zum Nutzen des Unternehmens sein konnte. Aber da fehlt es an den Arbeitern, besonders im Carlswerk, noch ganz bedeutend. Obwohl gerade sie es waren, welche hauptsächlich den Gewinn für das ganze Unternehmen, also auch von Werken, welche kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne, gesündere Arbeitsräume aufzuweisen haben, obwohl sie sich auch im vergangenen Jahre wieder eine ganze Anzahl Verschlechterungen gefallen lassen mußten, Verschlechterungen, welche sehr leicht abgewehrt werden konnten, wenn Einigkeit vorhanden war, trotz alledem ist es immer noch nicht möglich, den größeren Teil der Arbeiterschaft der Organisation zuzuführen. Die bekannten Gründe sind es, welche gegen den Anschluß an die Organisation vorgebracht werden. Bei dem Einen ist es falsche Sparsamkeit, die bei den Verbandsbeiträgen zu sparen beginnt, sich aber die größten Absätze ruhig gefallen läßt, der andere fürchtet, sich durch Zusammenfluß in der Organisation die „Siebe und Zuneigung“ seiner Vorgesetzten zu verzerren. Wieder andere bauen auf ihre langjährige Tätigkeit im Betriebe und glauben hier zeitlebens ihr Brot zu haben. Daß keiner dieser Gründe sichhaltig ist und ganz besonders der letztere jeder Unterlage entbehrt, dürfte den Arbeitern des Carlswerkes auf Grund der letzten Vorkommnisse allmählich klar werden. Auch die diesjährige Abrechnung ist nicht geeignet, diesen Gedanken zu bestärken. Während in den letzten 2 Jahren je 90 000 Mark für Arbeiterwohlfahrtsabteilungen und zum Beamtenruhegeldsfonds 150 000 Mk. eingestellt waren, fehlen diese beiden Posten im diesjährigen Geschäftsbericht, obwohl gerade der letztere Fonds durch „die bereits in Ausführung begriffene Zusammenfassung und Neuordnung der Verwaltung“ nicht unbedeutend betätigt werden dürfte.

Alles in allem könnte und müßte die Arbeiterschaft des Carlswerkes aus dem Geschäftsbericht lernen, daß man

sich nur durch Zusammenschluß seine Lage verbessern kann und daß es ganz verfehlt ist, sich auf das Wohlwollen des Arbeitgeberers zu verlassen. Die Pflicht der Arbeiterschaft zu halten werden, gilt es, dieselben zu erkämpfen. Deshalb rufen wir den Arbeitern des Carlswerkes recht eindringlich zu: „Organisiert Euch, schließt Euch dem christlichen Metallarbeiterverbande an, dann wird es auch Euch möglich sein, zu geordneten Verhältnissen zu gelangen und Ihr habt nicht notwendig, Euch auf das Wohlwollen Eurer Vorgesetzten zu verlassen!“

Großenbaum. Die Art und Weise, wie in dem hiesigen Werke hier mit den Arbeitern umgesprungen wird, nötigt uns zu öffentlicher Kritik. Ganz besonders ist es das Verhalten des Herrn Direktors Kr. und des Herrn Obermeisters Sch., die zu einer Abwehr geradezu herausfordern.

Vor einiger Zeit erlaubte sich ein Arbeiter, dem Herrn Direktor nach vorheriger Anmeldung durch den Portier eine Bitte vorzutragen. Da dies in anständiger und höflicher Form geschah, versprach der Herr Direktor, sich die Sache zu überlegen. Kaum hatte indes der Arbeiter sich entfernt, läßt der Herr Direktor sofort den Meister kommen und läßt ihm eine Standrede, daß er das Verhalten des Arbeiters nicht gebührend, was die Arbeiter sich wohl einbilden? usw. Zur Strafe sollte der Mann nun entlassen werden. Also, wenn ein Arbeiter dem Herrn Direktor eine Bitte vorträgt, soll er zur Strafe einfach brotlos gemacht werden. Ob der Herr Direktor sich so hoch über der Arbeiterschaft erheben dürfte, daß er eine Unterredung mit ihm als direkte Beleidigung auffaßt? Was der Herr Direktor sich doch nur einbildet?

In ähnlicher Weise pflegt der Obermeister Sch. den Leuten gegenüber aufzutreten. Bezüglich dieses Herrn sei nur folgender Fall angeführt: Ein Arbeiter wollte sich in einen andern Betrieb desselben Wertes überstellen lassen. Meister Sch. hatte das Ausstellen des Ueberweisungscheines auch versprochen, wenn die Geschäfte perfekt wäre. Als dann der Arbeiter anfangen konnte und den Schein haben wollte, war Meister Sch. nicht da. An anderen Tagen hatte der Meister keine Zeit, ebenso an den folgenden Tagen. Da der Arbeiter, weil er den Schein unbedingt haben mußte, sich erlaubte, jeden Tag bei Sch. vorzusprechen, rief diesem die Gebuld und er kündigte einfach den Arbeiter. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich auch der noch sehr jugendliche Ingenieur B. in eigenem Namen. Als der Arbeiter auf der Direktion beim Betriebschef sein Recht vertreten wollte, wies ihn B. mit den Worten heraus: „Machen Sie, daß Sie rauskommen.“ Ob alle die Herren nach oben hin auch so frei heraus sind? Wir glauben's kaum. Da werden sie sich wohl in der Rolle des Maßfahres gefallen, der nach oben hin den Rücken krümmt und nach unten hin feste tritt.

Das Gute werden wohl diese Uebergriffe zeitigen, die Arbeiter immer mehr zur Erkenntnis bringen, daß es ihnen nur dann möglich ist, gegen eine solche Behandlung Front zu machen, wenn sie sich alle zusammenfinden in der Organisation. Darum hinein in den christl. Metallarbeiterverband.

Duisburg. Bei den am 25. Mai in Duisburg-Mühlstadt und Duisburg-Meiderich getätigten Gewerbeberichts-wahlen fanden sich auf Arbeiterseite vier Parteien gegenüber. In der Mühlstadt wurden im ganzen 6357 Stimmen davon entfielen auf die Liste der christlichen Gewerkschaften und kath. Arbeitervereine 2207, auf die sozialdemokratische Richtung 1957, auf die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft mit evangelischem Arbeiterverein 944 und auf eine politische Liste 249 Stimmen. Von den 5 zu wählenden Beisitzern erhaltene die christlichen Arbeiter zwei, die Sozialdemokraten zwei und die Hirsch-Dunderschen einen Beisitzer. Die politischen Sonderbündler gehen leer aus. — In Duisburg-Meiderich war die Parteigruppierung dieselbe. Hier erhielten die christl. Gewerkschaften und kath. Arbeitervereine 731, die Hirsch-Dunderschen 760, die Sozialdemokraten 452 und die Polen 280 Stimmen. Hier verloren die Hirsch-Dunderschen annähernd 600 Stimmen gegenüber der vorigen Wahl von 1908; die christliche Liste ging um 100 Stimmen zurück, während die Sozialdemokraten nur etwa 80 zugenommen haben. Für die Hirsch-Dunderschen, die nach einigen mit werkschaftlicher Unterstützung erzwungener kleiner Erfolge bei Betriebsräteauswahlen geradezu an Größenbahn litten, ist diese katastrophartige Niederlage (Rückgang von 1349 auf 760 Stimmen) eine bittere, aber wohlverdiente Abkühlung. Die selbstgefällige Prahlerei der H.-D. „Sieger“ kann bald keine Grenzen mehr. Noch am Wahltag erklärte ein H.-D. Führer in Duisburg voller Selbstüberhebung gegenüber christlichen Arbeitern: „In D.-Meiderich werden wir Euch mal gründlich in die Pfanne hauen“. Nun dieser grandiose Reinfall. In der Meidericher Pfanne liegen die H.-D. Prahlhänse und Gernegroße.

Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß die christlichen Arbeiter mit dem Wahlerfolg zufrieden sein könnten. Nein, das kann und darf nicht als zufriedenstellend bezeichnet werden, weder in Duisburg noch in Meiderich. Hunderte, ja Tausende von christlichen Wählern sind nicht zur Wahl gegangen. Hier und da hat es an der nötigen Wahlarbeit gefehlt, vor allem fehlt es an der genügenden Anzahl eifriger und arbeitsfreudiger Vertrauensmänner. Noch vieles muß hier besser werden, wenn die christlichen Arbeiter in Duisburg diejenige Position erreichen wollen, die ihnen zusteht und die sie erreichen können, wenn alle Kräfte planmäßig mit- und zusammenarbeiten.

Hierlohn. Dem Deutschen Metallarbeiterverband in Hierlohn ins Stammbuch. Unter der geschmackvollen Ueberschrift „Christlicher Schwindel“ redet sich ein Genosse vom Deutschen Metallarbeiterverband mal seinen Groß über das Hierlohnler Bäckerbrot vom Hasse. Wir gönnen's ihm, hoffentlich ist dem Herrn jetzt besser. Es ist nur aber auch zu argzeitig, sehen zu müssen, daß oftmals selbst ein „Bäckerbrot“ mehr Einfluß auf die Gestaltung der Dinge auszuüben imstande ist, als die größten Schreier. Der Grund dieser Tatsache liegt eben darin, daß Sachlichkeit und Anstand auch im wirtschaftlichen Leben immer mehr Anklang finden, als ein eckiges tabuliertes Benehmen. Ganz besonders sollte der Deutsche Metallarbeiterverband sich hüten, in jedem Falle den Polterer hervorzukehren. Er wird — in Kreisen, denen seine inneren Verhältnisse

bekannt sind, anders nichts wie ein mitleidiges Lächeln ansetzen. Im übrigen ist es auf jeden Fall besser, auf dem Wege des Friedens und des Anstandes einen kleinen Erfolg zu erzielen, als alle Register der Hebe zu ziehen, in der unglücklichsten Situation die Arbeiter in einen Kampf zu treiben, um dann infolge mangelnder Finanzen den Kampf abbrechen zu müssen.

Gerade nach der Richtung hin hat der Deutsche Metallarbeiterverband soviel auf dem Kerbholz, daß es für ihn besser wäre, wenn er bezüglich errungener Erfolge anderer Nichtigkeiten nicht gar so oben heraus wäre. Wir haben noch nicht Fälle a la Mannheim, Stettin usw. in unserm Verbandsregister zu buchen brauchen. Auch ist uns noch niemals ein Arbeitererrat nachgewiesen oder gar gerichtliche Beschuldigung worden. Der Deutsche Metallarbeiterverband mag sich also bei der Beurteilung anderer Leute etwas mehr Reserve auflegen in seinem Interesse, umsonst, als seine Unpöbeligkeit in keiner Weise unsere Entschuldigungen zu beeinflussen imstande sein wird. Wir werden nach wie vor so handeln, wie es uns beliebt, ob es den Herren Genossen in Hierohn recht ist oder nicht.

Wenn nun aber in dem Artikel gesagt wird, der Sekretär des Eingekleideten habe im Auftrage der Unternehmer gehandelt, so weisen wir dies entschieden als eine in-jame Verdächtigung zurück. Wir haben nicht notwendig, schließlich in Demut vor den Unternehmern zu erstehen, um nachher bestritten zu werden. Das kann schließlich nur solchen Leuten passieren, wie sie bei der Bewegung in Althausen charakterisiert worden sind. Zudem haben die Unternehmer selbst in einer Erklärung festgestellt, daß erst die Eingekleideten von uns die Arbeitsverpflichtung gezeitigt haben. Ueber diese Einführung haben wir uns anerkennend ausgesprochen. Das gleiche Verbrechen hat Nihilist, der Beamte des Deutschen Met.-Verbandes ebenfalls begangen. Warum also die Bekämpfung? Einzig deshalb, weil der Erfolg eben nicht durch den Metallarbeiterverband errungen ist.

Nach der Meinung des Schriftfahrs können die Christlichen in Hierohn nichts mehr für sich fischen. „Behüt dich Gott, es wär' so schön gewesen, behüt' dich Gott, es hat nicht sollen sein.“ Gerade die letzte Zeit zeigt so recht das Gegenteil. Auch die fernere Behauptung, unsere Mitgliederzahl betrage nur 25, ist nur ein frommer Wunsch. Wir haben allerdings nichts dagegen, wenn man sich über uns hinwegzusetzen beliebt, desto rascher kommt die Enttarnung. Auf die weiteren, die Kampf- und Charaktereigenschaften des Schreibers kennzeichnenden Gesetzmäßigkeiten einzugehen, verbietet uns unsere Selbstachtung.

Arbeiter Hierohns, soweit Ihr christlich gesinnt seid, stärkt unsere Reihen und die Hoffnungen des Gewerks, und an die Wand zu drücken, werden sich auch an unserer Geschlossenheit.

Kreuzburg i. B. Ein glänzender Erfolg bei der Orts-Frankenfassenwahl. Am 29. Mai wurde hier die Wahl der Vertreter zur Ortsfrankenkasse getätigt. Es wurde zum ersten Male nach dem Proporz gewählt, der endlich einmal auf jahrelanges Drängen von der sozialdemokratischen Mehrheit der Klasse eingeführt worden ist. Bei der letzten Wahl im Jahre 1906 wurden für die Sozialdemokraten 2406 Stimmen abgegeben und für die Christl.-nat. Arbeiterbewegung 1287 Stimmen. Bei der jetzigen Wahl erhielten die Roten 2398 und die Christlichen 1706 Stimmen. Es haben demnach die Roten Stimmen verloren, während die die Christl.-nat. Vereinigung um 418 Stimmen zugenommen hat. Delegierte erhalten nunmehr die Christlichen 61, die Roten 85 und eine sogenannte „gelbe“ Liste 4.

Während früher nur 140 Vertreter zu wählen waren, mußten jetzt 150 gewählt werden. Die Sozialdemokraten hatten früher 105 Vertreter und die Christlichen 35. Demnach haben die Roten trotz der erhöhten Vertreterzahl jetzt 20 Vertreter weniger und die Christlichen 26 mehr. In vor-riger Woche hat der sozialdem. „Volksfreund“ siegesbewußt die Behauptung aufgestellt, daß die Christlichen nicht mehr Vertreter erhielten, als sie jetzt hätten. Die Prophezeie-gabe der Sozialdemokratie hat sich auch hier wiederum als trügerisch erweisen. Diese Wahl hat gezeigt, daß die christl.-nat. Arbeiterbewegung auch im Musterlande Baden dauernd auf dem Vormarsch sich befindet. In den letzten Monaten sind außerdem noch verschiedene soziale Wahlen getätigt worden, bei denen unsere Bewegung sehr gut abgeschnitten hat. Bei der Wahl der Vertreter zur Landesversicherungs-anstalt hatten von 28 Wahlberechtigten 25 ihr Wahlrecht ausgeübt. Davon gaben 22 ihre Stimmen für den Arbeiter-sekretär Steinhardt ab. Der Sozialdemokrat Engler erhielt nur 3 Stimmen. Und bei der Wahl des Gesellenausschusses für die hiesige Handwerkskammer erhielten die Christlichen als Vertreter der Innungen 3 Mitglieder und 4 Ersatz-männer, die Sozialdemokraten dagegen als Vertreter der Gewerbevereine 1 Mitglied und 1 Ersatzmann. Also erfreu-liche Resultate. Und das Geheimnis des Erfolges? Man-nächtiges Zusammenarbeiten aller in Betracht kommenden Kollegen! Wird weiter in dieser Weise gearbeitet, so wird nicht nur auf diesem, sondern auch auf gewerkschaftlichem Gebiete die christl.-nat. Bewegung Fortschritte verzeichnen können.

Saarbezirk (Pfalz). Die Werkstättenhandwerker u. Maschinisten der künftl. bayerischen Gruben in der Pfalz haben sich vor kurzem in großer Anzahl dem christl. Metallarbeiterverband angeschlossen. Da die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sehr verbesserungsbedürftig sind, befaßten sich die am Donnerstag den 26. Mai in St. Ingbert und Mittelbergbach stattgefundenen Versammlungen eingehend mit der Lohnfrage und mit den Mitteln und Wegen, die eingeschlagen werden können, um eine Verbesserung der Löhne, vor allem aber eine Regulierung derselben zu er-reichen. Bezirksleiter Bäder vom christl. Metallarbeiter-verband, welcher in beiden Versammlungen das Referat übernommen hatte, wies in seinem Vortrag auf den Wert der Organisation in unserem heutigen Wirtschaftsleben hin. Er zeigte, wie für die Lohnarbeiter besonders harte Organi-sationen notwendig seien, falls die Arbeiter nicht durch die Interessensorganisationen der anderen Stände an die Wand gedrückt werden wollen. Da den Werkstättenhand-werkern und Maschinisten eine starke Organisation in der Pfalz und im Saarbezirk gefehlt habe, müßten sie jetzt auch zusehen, wie die Löhne der Hauer und Behauer durchschnittlich um 2 Mark mehr gestiegen sind als die der Werkstättenhandwerker und Maschinisten. Es ist ein geradezu unsozialer Zustand, daß die Werkstättenhandwerker

und Maschinisten erst nach 20 bis 30 Dienstjahren den höchsten Lohn von 4,55 Mk. erhalten, also erst dann, wenn der größte Prozentsatz der Arbeiter schon Invalide geworden ist. Deshalb muß vor allem Gewicht darauf gelegt werden, zu erreichen, daß der Höchstlohn schon im besten Mannesalter gezahlt wird. Die Lohnfrage der Eisenmetallarbeiter hat schon bereits den Arbeiteraus-schuss beschäftigt. Es handelt sich jetzt darum, die Lohn-forderungen in Form einer Eingabe der Generaldirektion zu unterbreiten; selbstverständlich muß vorher die nötige Unterlage durch statistische Erfassung der Lohnverhältnisse geschaffen werden. Es wurde denn auch der Beschluß ge-faßt, sofort passende Fragebogen von allen in Betracht kommenden Kammeraden ausfüllen zu lassen. Zur Lohn-erhöhung resp. Lohnregulierung sollen folgende Wünsche der künftl. Generaldirektion in München unterbreitet werden:

Alter	Lohnhöhe
18 Jahre	2,50 Mk.
19 "	3,-- "
19-20 "	3,50 "
20-22 "	3,80 "
22-24 "	4,50 "
24-26 "	4,80 "
26 "	5,-- "

Bisher wurden folgende Löhne gezahlt: 2,50 Mk., 3,-- Mk., 3,80, 4,-- 4,20 und 4,50 Mk. Die letzten hier angeführten Löhne wurden erst nach einer 20-30jährigen Dienstzeit gezahlt, also dann erst, wenn das 40. bis 50. Lebensjahr erreicht ist.

Für die Werkstättenhandwerker und Maschinisten heißt es jetzt, die Organisation, den christl. Metallarbeiter-verband zu stärken und die Fragebogen genau und gewissen-haft auszufüllen, dann werden die Erfolge nicht ausbleiben.

Ellendorf. Ein reges gewerkschaftliches Leben ist hier in unserer Gruppe zu verzeichnen. Alle Veranstaltungen, die hier seitens der Organisation stattfinden, geben Zeugnis von der Begeisterung und dem lebhaftesten Interesse, das unsere Mitglieder beherzigt. Auf den beiden letzten Monatsversammlungen wurde durch Abstimmung die Er-hebung eines Vorkaufzuschlages von 10 Pfg. beschlossen. Das Resultat war ein glänzendes, indem sämtliche bis auf drei Kollegen der Erhebung zustimmten.

Die Mitgliederversammlungen sind ein richtiges Abbild dieses Lebens. Die durchschnittliche Besucherzahl beträgt 100-110 Kollegen. Ebenso war es eine wahre Freude, zu sehen, wie die Mitglieder in Scharen zur Delegierten-zahl herangeströmt kamen. Angelehnt dieses Geistes ist es notwendig, wenn auch die agitatorische Tätigkeit eine eifrige und erprobte ist. Unsere „Freunde“, die Kirch-Dunderchen, haben wir hinsichtlich der Mitgliederzahl be-reits weit überholt. Auch vor der Öffentlichkeit kom-men dieselben nicht mehr in Betracht, jedoch wir mit Stolz anrufen können: Ellendorf gehört unserer Bewe-gung. Diese Tatsache muß aber auch ein Ansporn für uns sein, nimmer zu ermüden im Kampfe für unsern christlichen Metallarbeiterverband. Durch Kampf zum Sieg!

Bad.-Rheinfelden. Nachdem nun hier in etwa Ruhe eingetreten ist nach den Aufregungen, die der Streik in den Aluminiumwerken und die nachfolgende Hebe der sozial-demokratischen Arbeiter, „führer“ hervorgerufen hat, wollen wir auch einmal wieder das Organ in Anspruch nehmen. Es wird wohl niemand die Schäden besser beurteilen können, die durch die infernalische Hebe der roten „Volks-begleiter“ der Arbeiterschaft zugefügt worden sind, als wir, die wir selber darunter zu leiden haben.

Es ist durch die Zeugenaussagen vor Gericht be-stätigt und von der Direktion der Aluminiumwerke, sowie von den Regierungsbeamten zugegeben worden, daß durch den Streik in den Aluminiumwerken Verbesserungen einge-treten sind. Das paßt aber den roten Hegagitatoren nicht in den Kram, weil sie fürchteten, die dortige Ar-beiterschaft würde nun zum großen Teil den christlichen Gewerkschaften beitreten. Das mußte nach Ansicht dieser Leute um jeden Preis verhindert werden. Nun ging man dazu über, die christlichen Gewerkschaften im allge-meinen und den christlichen Metallarbeiterverband im be-sonderen in der gemeinsten Weise herunterzureißen und zu verächtigen. Jedem vernünftigen Menschen ist es klar, daß dies Gebahren nach einem solchen heinrächtigen Kampf nur Wasser auf die Mühle der Scharnhader ist.

Die Folgen dieser indirekten Unterstützung der Unter-nehmer durch die unentwegten „Genossen“ zeigten sich später dadurch, daß die unterbezahlten Arbeiter, soweit sie organisiert waren, teilweise entlassen und andere Ver-schlechterungen durchgeführt wurden. Wenn aber die Herren „Genossen“ glaubten, dadurch, daß sie die christliche Or-ganisation zu verdrängen suchten, würde der Oberrhein, wo das Volk, nach Borchgöler, „noch in Händen zeitlicher Priester, gewerkschaftlich indifferent und ausgebeutet bis zum äußersten, aber die sozialdemokratische Presse (und deshalb auch der sozialdem. Anhang, D. B.) gering verbreitet ist“, ein besserer Resonanzboden für Sozialisten werden, so haben sich die guten Leute getäuscht. Die Arbeiterschaft in Bad.-Rheinfelden empfindet bitter genug den Verrat, der so frivol von den Sozialdemokraten dort verübt worden ist.

Den Beweis hierfür lieferte eine Versammlung, die Mitte März dieses Jahres stattfand, in der Genosse Willy, Karlsruhe über das grandiose Thema: „Der Streik der Christlichen in Bad.-Rheinfelden vor dem badischen Landtag“ sprach. Wie Versammlungsteilnehmer bezeugen, sollen so gegen 100 Personen, Mann, Frau, Kind und Kegel zusam-mengedrängt, antwortend gewesen sein. Davon zürte der zehnte Teil aus Bad.-Rheinfelden und die andern alle aus der nahen Schweiz, exportiert (rote Arbeiter-Union). Wöfe Zungen behaupten, daß der „Genosse“ Willy bezweigen eine Stunde zu spät zur Versammlung kam, weil ihm der Export der Versammlungsteilnehmer soviel Zeit wegnahm. Es scheint, daß den „Genossen“ durch diese Erfah-rungen und schlechten Erfolge in der Agitation endlich die Vernunft wiederkehrt und es ihnen dämmert, daß sie wohl die gesamte Arbeiterschaft Rheinfeldens durch ihre Hebe schwer geschädigt, selber aber ihren Zweck nicht er-reicht haben, die christliche Organisation zu vertreiben. In Nr. 81 des roten „Volksfreund“ jammern die Herren, daß in den Natriumwerken die Direktion im Hinblick auf die „Vorbeeren“, die sich die Herren der Aluminium-werke in dem Streik geholt hätten, nicht ruhin blieben.

daß dort Verschlechterungen durchgeführt worden und daß der Gaukler Wörner vom roten Fabrikarbeiterverband bei der Firma Kleinlich unanft abgeblüht sei. So ernten die Herren Sohl die Früchte von der Saat, die sie durch ihren verächtlichen Hebelzug gegen den christlichen Met-allarbeiterverband ausgestreut haben. Die Arbeiterschaft hat den schwersten Schaden dadurch.

Arbeiter, Kollegen! Wollen wir, daß die Verhältnisse in Badisch-Rheinfelden besser werden, wollen wir einen starken Schutz im Kampfe um unsere Arbeiterrechte, so müssen wir uns einer Organisation anschließen, die nicht zum Zwecke der Agitation die Arbeiterinteressen mit Füßen tritt. Kollegen, gebt den Hegeposteln im roten Lager dadurch die Antwort, daß Ihr eifrig für den christlichen Metallarbeiterverband Mitglieder werdt. Nur dann kann eure Lage verbessert werden, wenn sich die Ar-beiterschaft in noch größerem Maße der Organisation an-schließt.

Soziale Rechtspredung.

Gewerkschaftsversammlungen sind keine politischen Versammlungen.

So entschied das Schöffengericht in Stadtilm in einer Berufungsklage gegen Mitglieder des Verbandes deut-scher Textilarbeiter. Der Sachverhalt ist folgender: In Gräfinau-Ingstätt war seitens des Bevollmächtigten des genannten Verbandes eine Textilarbeiterversammlung an-beraumt worden, an der auch nicht 17 Jahre alte Ar-beiter teilnahmen. Von der Polizeibehörde wurde die Versammlung als eine politische angesehen. Sie be-dachte den Bevollmächtigten und zwei Jugendliche mit einem Strafmandat, diese, wegen Teilnahme an der Ver-sammlung, jenen, weil er die Teilnahme der Jugend-lichen gebilligt hatte. In der beim genannten Schöffengericht eingelegten Berufung wurden alle Angeklagten freigesprochen. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß nach dem Statut des Verbandes deutscher Textilarbeiter von einer politischen Organisation und auch darum von einer politischen Versammlung keine Rede sein könne. Ein Verstoß gegen das Vereins-gesetz liege darum in der Teilnahme der Jugendlichen an der Versammlung nicht vor.

Dieser Standpunkt des Gerichtes ist begrüßenswert. Er deckt sich ganz mit dem Inhalt und dem Geiste des Gesetzes und dem Willen des Gesetzge-bers. Gewerkschaftsversammlungen zu politischen Ver-sammlungen zu stempeln ist deshalb, weil in ihnen nur Fragen besprochen werden, die mit der Politik, z. B. Sozialpolitik, enge in Verbindung stehen, ist ein W-ghnen, welches auf eine Rahmlegung der Gewerkschafts-arbeit hinausgeht. Leider enthält das neue Vereinsgesetz gerade in dieser Beziehung so große Unklarheit, daß po-lizellischen Schikanen Tür und Tor geöffnet ist. Um so er-freutlicher ist es, wenn Gerichte sich auf den Boden des praktischen Bedürfnisses und der wirklichen Verhältnisse stellen.

Eine Verurteilung der jugendlichen Angeklagten er-folgte wegen eines Verstoßes gegen eine landesrätliche Verordnung des Bezirkes, wonach Personen unter 17 Jah-ren abends nach 9 Uhr in Gast- und Schenkwirtschaften nicht geduldet werden dürfen, es sei denn, sie seien in Begleitung erwachsener Angehöriger. Uns müdet diese Verordnung ganz sympathisch an. Daß sie indessen in diesem Falle angewendet wurde, halten wir mindestens für inkonsequent und ziemlich kleinlich. Und dann ist es auch vom rechtlichen Standpunkt sehr anfechtbar, daß eine Landratsamtsverordnung verbieten kann, was das Reichsgesetz genehmigt.

Streikpostenstehen erlaubt.

So entschied das höchste Gericht im Herzogtum Braunschweig. Bei Gelegenheit des Tischlerstreiks bei der Firma Saalfeld in Helmstedt war über einzelne Stadteile der sog. kleine Belagerungsstand seitens der Polizeibehörde verhängt. Hierdurch wurde auch das Streikpostenstehen verboten. Mehrere Tischler, die sich dieses Recht trotzdem nicht nehmen lassen wollten, erhielten Strafmandate. Schöffengericht und Straf-kammer erklärten die Strafe für gerechtfertigt. Das Oberlandesgericht hingegen sprach die Streiksünder frei, da die Polizeiverordnung, die das Streikposten-stehen verbot, rechtsungültig sei.

Unterstützungsansprüche der wegen Erwerbslosigkeit aus der Krankenkasse ausscheidenden Mitglieder.

Ein Handwerksgehilfe war am 4. Februar erkrankt. Am 25. Februar wurde er von seinem Arbeitgeber, bei dem er bisher tätig gewesen war, entlassen, doch erhielt er bis zum 30. April Krankengeld. An diesem Tage wurde er gesund geschrieben, doch gelang es ihm nicht, sogleich wieder Beschäftigung zu erhalten. Ganz kurze Zeit davor erkrankte er an demselben Leiden von neuem, und nun nahm die zuständige Landesversicherungsanstalt ein Heilverfahren mit ihm vor. Die Versicherungsanstalt ver-langte, wie üblich, von der Kasse, welcher der Versicherte bisher angehört hatte, das ihm nach ihrer Meinung zu-stehende Krankengeld, doch weigerte sich die Kasse, dieses zu zahlen, indem sie behauptete, die dreiwöchige Frist, von der im § 28 des Krankenversicherungsgesetzes die Rede ist, rechne vom 25. Februar, dem Tage also, an welchem das Lohnverhältnis des Gehilfen bei dem erwähnten Meister sein Ende erreichte. Die drei Wochen, von denen im § 28 des Krankenversicherungsgesetzes die Rede ist, wären somit bei Beginn der neuen Erkrankung längst vorüber ge-wesen.

Diese Anschauung hat jedoch das Preussische Ober-verwaltungsgericht nicht gutgeheißen, vielmehr hat es dahin erkannt, daß die drei Wochen erst am 1. Mai, dem Tage, an welchem der Bezug von Krankengeld aufhörte, zu rechnen seien, und demgemäß verurteilte es die Krankenkasse zur Zahlung.

In dieser Entscheidung gelangte der Gerichtshof mit Rücksicht auf die Vorschrift des § 54a des Krankenversicherungs-gesetzes, wonach die Mitgliedschaft während des Bezuges von Krankenunterstützung fort dauert.

Soziales.

Schwindelkrankenkassen.

Eine Karlsruher Tageszeitung hatte unter dem Stichwort: „Ein ungeheurer Verwalter“ einen Artikel gebracht, dessen Tendenz sich gegen die Schwindelkrankenkassen richtete.

Nach den Blättern der beiden Rechtsanwältinnen erfolgte der Urteilspruch, der dahin geht, daß der Redakteur frei gesprochen wird und der Privatkläger die Kosten zu tragen hat.

In welchem Lebensalter tritt bei den Arbeitern Invalidität ein?

Diese Frage beantwortet die Statistik der Invalidenversicherung. Von 1000 Personen, die Invalidenrente bezogen befanden sich im Alter von

Table with 4 columns: Age group (20-29, 30-39, 40-49, 50-59, 60-69, 70 and more), 1902, 1907, 1908.

Diese Zusammenstellung redet eine deutliche Sprache von dem ganzen sozialen Uebel, unter dem der Arbeiter sein Leben zu verbringen hat.

Noch dunkler ist das Bild bezüglich derjenigen, die Krankenrente beziehen. Die Krankenrente wird hauptsächlich nach einer 26wöchigen, durch Krankheit verursachten Erwerbsunfähigkeit ausbezahlt für die Dauer derselben.

Table with 4 columns: Age group (20-29, 30-39, 40-49, 50-59, 60-69, 70 and more), 1902, 1907, 1908.

Im Jahre 1902 hatte nicht einmal die Hälfte aller Krankenrentner das Alter von 40 Jahren erreicht, für 1908 stellen sich die Zahlen etwas günstiger.

Diese Zahlen lehren mehr, als Worte tun können: Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation, um mit Hilfe derselben das Arbeitsverhältnis zu verbessern und den Staat zu einem großzügigen und durchgreifenden Arbeiterschutze zu veranlassen.

Arbeiter als Hilfsbeamte der Fabrikinspektoren.

Die Beteiligung von Arbeitern an der Aufsicht über die Durchführung der im Interesse ihres Berufsstandes getroffenen Schutzvorrichtungen ist in wahrnehmbarem Fortschreiten begriffen.

Wenn die Regierung des Königreichs Sachsen sich also zu der Heranziehung von Arbeitern bereit erklärt, so folgt sie hier einem Beispiel, das sich in Hessen voll bewährt hat.

In Bayern hat man Hilfsbeamte der Inspektion im Baugewerbe in der Person der sogenannten Bauaufseher. Derartige Aufsichtsbeamten aus dem Arbeiterstande sind hier augenblicklich 64 vorhanden.

Gelbeingänge bei der Hauptkasse.

Monat Mai

Wiesbaden 300.—, Schiffsbeil 19.03, Förde 110.45, Wistfeld 141.90, Weichrich 149.68, Wald 246.23, Elbing 51.07, Bromberg 62.17, Bremerhaven 36.23, Bodenwöhr 161.62, Sudwigshafen 315.45, Kaiserlautern 102.72, Delmenhorst 54.48, Neheim 200.—, Rheine 339.16, Solingen 281.31, Grefeld 456.30, Amberg 229.27, Birstadt 28.98, M.-Glabbach 1333.11, Wolfenbüttel 70.—, Hoppede 103.—, Leichlingen 157.75, Engelskirchen 43.35, Schweidnitz 193.80, Schwabach 12.60, Ulm 100.—, Leer 26.92, Neustadt a. S., 145.58, Grevendroich 113.93, Eisenach 33.62, Forstheim 671.77, Graudenz 2.19, Singen 79.96, Amern 13.—, München 843.44, Konstanz 91.68, Oberreith 156.75, Regnitz 50.—, Sittesheim 50.—, Neheim 45.91, Bromberg 60.—, Köln 2500.—, Wlhen 524.84, Pappenburg 380.73, Düsseldorf 50.—, Dresden 78.45, Frankfurt 468.45, Oberursel 260.59, Marstein 9.20, Höchst a. M., 202.04, Hannover 37.45, Siegburg 22.15, Saarbrücken 714.03, Erlangen 9.28, Trier 295.80, Dipe 199.55, Dinklage 65.—, Teubitz 3.—, Braunschweig 134.69, Düsseldorf 300.—, Werdern 10, Wald 44.15, Breslau 25.25, Siegen 22.70, Gvrlitz 38.07, Hoven 30.—, Fulda 70.38, Merzweiler 18.75, Berg-Grabbach 57.12, Eisenach 7.—, Alttötting 12.60, Schweidnitz 9.75, Düsseldorf 160.—, Warstein 50.—, Holscheid 200.—, Dggersheim 50.—, Wiesbaden 23.50, Magdeburg 17.35, Ertelenz 25.10, Ingolstadt 30.20, Durlach 23.25, Düsseldorf 100.—, Frielingsdorf 6.70, Darmstadt 52.25, Lachen 192.—, Schweinfurt 150.—, Duisburg 650.—, Dinklage 28.75, Holscheid 50.—, Jüngersberg 48.30, Düsseldorf 79.—, Disberg 400.—, Deffau 86.88, Straßburg 34.55, Greiz 8.18, Weiskammer 103.15, Landau 5.—, Laufen 21.—, Rabenwies 363.22, Lauterbach 53.95, Effen 1200.—, Böhrenbach 14.10, Duffen 100.—, Bochum 410.—, Unterloden 8.—, M.-Glabbach 260.—, Deibe 91.40, Kemscheid 25.—, Worms 16.23, Köln-Bingst 17.60, Freiburg 53.25, Menden 800.—, Berlin 45.95, Markt-Redwitz 15.65, Schiffs 171.92, Barmen 520.—, Karlsruhe 24.50, Flensburg 50.—, Wilhelmshafen 61.—, Frankenthal 38.70, Hamm i. W., 1200.—, Magdeburg 4.80, Siegen 71.30, Lippstadt 876.66, Hagen 350.—, Stromberg 34.60, Eupen 10.—, Hamburg 129.80, Marfisch 17.85, Rendsburg 35.20, Salze 11.10, Eisenach 100.—, Solingen 59.25, Lachen 800.—, Werdbühl 34.80, Disberg 68.55, Dipe 100.—, Stuttgart 466.62, Ulm 200.—, Würfel 936.50, Düsseldorf 200.—, Münster 20.70, Köln-Bayenthal 26.30, Frankenthal 54.92, Kassel 20.75, Köln 866.11, Effen 399.—, Oberhausen 60.00 Mark.

Briefkasten.

Nach Göttingen. Ueber die Sticherheitsmännerwahlen haben wir schon eingehend berichtet, sodas sich die Aufnahme des eingekleideten Artikels erübrigt.

Nachtrag

Zur Situation im Baugewerbe

teilt die Tagespresse am 7. Juni aus Berlin folgendes mit: Die heutige Abstimmung der Gewerkschaften und des Arbeitgeberbundes über die von dem unpar- teiischen Komitee unter Vorsitz des Geheimen Regie- rungsrats Niedelst vom Reichsamt des Innern ge- machten Vorschläge zur Einigung im Baugewerbe ergab die Annahme der Vorschläge.

Veranstaltungs-Kalender.

- Kollegen und Kolleginnen! Veräunnt ohne triftigen Grund keine Veräunnt! Augsburg. Samstag, den 18. Juni Veräunnt in der „Goldenen Glocke“.